

b unabhängige **auernstimme**

Eine Zeitung von Bäuerinnen und Bauern



Nach Brüssel für bäuerliche Landwirtschaft

Foto: Möhrle

Agrarstruktur

Auch im ökologischen Landbau gilt es, die Frage nach der Struktur zu stellen, in die sich auch die kommende EU-Agrarreform mit der Schaffung von Staffeln und Obergrenze bei der Zahlung einmischt. Welche Zwiespälte sich da auftun, auf den **Seiten 12 -13**.

Bewegung

1.500 Menschen radeln für eine soziale und ökologische Agrarreform nach Brüssel, Bauern und Bäuerinnen verabschieden Sonnleitner und begrüßen Rukwied und demonstrieren gegen vermeintliche Nachhaltigkeit und für Vielfalt auf den **Seiten 2, 8, 10, 18**.

Milch

Während die Welt nach London auf Olympia blickt, protestieren Englands Milchbauern für faire Preise. Auch bei uns wächst der ökonomische Druck und die Wut erneut, während die Krabbenfischer vormachen, wie es gehen könnte, auf den **Seiten 6 und 7**.

Die Seite 3

Terrassenlandwirtschaft in Äthiopien 3

Agrarpolitik

Blühender Garten oder Agrarsteppe 4

Ungesundes Arzneimittelgesetz 5

Milch

Blockaden verhindern Milchpreissenkung 6

Krabbenfischer organisieren sich 7

Bewegung

Es muss nicht immer Berlin sein 8

Unser „Herr“ ist er nicht 10

Natur nutzen – Natur schützen 18

Der nächste stand schon vor der Tür 18

Tierhaltung

Schweine – Überproduktion erfordert Maßnahmen 11

Schwerpunkt

Grün mit unterschiedlichen Schattierungen 12

Größe egal, Hauptsache Bio? 13

Nachbau

Vielfalt mit Zwiespalt 14

Wo ist das Problem? 15

Im Zweifel gegen die Bauern 15

Ackerbau

In Beckum steigen die Ackerbohnenpreise 16

Gentechnik

Patentiertere Verunsicherung 17

Weitere Themen

Zu Besuch bei Elke Dagenbach und Onno Poppinga, Seite 9; Landleben, Seite 19; Lesen, Seite 21; Anzeigen, Veranstaltungen, Kontakte, Seite 22-23

Inhaltsverzeichnis

Wer im Frühling 2013 nach Brüssel kommt, um die GAP noch beeinflussen zu wollen, ist ein Verlierer, hat man uns in Brüssel gesagt. Also haben wir für diesen Spätsommer den Good Food March zusammen mit dem ARC, dem alternativen europäischen Bauerndachverband, ins Leben gerufen. Kein leichtes Unterfangen, europaweit ein Bündnis für eine bäuerlich-nachhaltige Landwirtschaftspolitik zu schmieden und eine gemeinsame Aktion zu starten. Und doch ist es gelungen. Mittlerweile hat der Good Food March über 50 verschiedene Aktionen in über zwölf EU-Ländern organisiert. Über 500 Menschen haben ihr Gesicht mit einer Forderung nach einer ökologischeren, einer sozialeren GAP auf Facebook gestellt. In Österreich, in den Niederlanden, Polen und Deutschland haben sich Menschen mit dem Fahrrad aufgemacht, um ihre Forderungen zu den Institutionen der EU und zum EU-Parlament zu bringen. Da sind Viele in Bewegung, aber was fordern die Bauern, Bürger, Umweltschützer, Süd-, Mittel- und Nord-Europäer eigentlich?



Kommentar

Aufs Radel für eine bäuerliche Agrarreform!

Sie alle sind getragen von der festen Überzeugung, dass mit der anstehenden Agrarreform die Chance besteht, alte Strukturen aufzubrechen. „Ein Weiter-so ist keine Option.“ Die EU darf nicht weiter eine Politik betreiben, die die bäuerlichen Strukturen zerstört und der Agrarindustrie Tür und Tor öffnet. Und das setzt voraus, dass sich die Förderpolitik umge-

hend verändert, also die GAP als Chance genutzt wird, endlich die Weichen zu stellen für eine Neuausrichtung der Landwirtschaftspolitik. Sie muss gerechter und ökologischer werden! Die globalisierte und industrialisierte Landwirtschaft steckt in einer unglaublichen Krise. Erneut lösen Ernteausfälle, dieses Mal in den USA, weltweit steigende Getreidepreise aus, die in Afrika, Asien und Südamerika wieder zu Hungerkrisen führen. Auch wir tragen mit unseren importierten 20 Mio. ha Ackerfläche für Soja in unseren Futtertrögen sowie steigenden Flächen für Biogas Verantwortung. Wir müssen endlich weg von Soja, den Mais-Monokulturen und kapitalgestützten Strukturen. Weltweit werden Bauern zum Aufgeben gezwungen, während sich Finanzinvestoren eine Goldene Nase mit den Rohstoffen verdienen und sich der Landbesitz in den Händen Weniger konzentriert. Die Böden verkommen zum Trägermedium für Mais- und Sojapflanzen, womöglich noch gentechnisch verändert, die mit einer Nährlösung aus Dünge- und Pflanzenschutzmitteln wachsen.

Wenn wir den Humus weiter so abbauen und die zunehmenden Probleme mit Glyphosat nicht ernst nehmen, wenn wir nicht dafür sorgen, dass wieder Menschen in der Landwirtschaft ordentlich in Lohn und Brot sind und dass die Bauern anständige Preise für ihre Produkte erhalten, dann haben wir vier Jahre nach dem Erscheinen des Weltagrarberichts nichts verstanden. Die bevorstehende Agrarreform muss die Forderungen des Weltagrarberichts umsetzen. Die Bauern in Europa müssen ihre Produktion umweltgerechter gestalten, deswegen braucht es eine Verpflichtung zu einem echten Fruchtwechsel mit einem hohen Leguminosenanteil. Bäuerliche Arbeit, artgerechte Tierhaltung und regionale Vermarktung müssen gefördert werden, sonst wird die GAP ein Greenwashing der industriellen Landwirtschaft. Das gilt es zu verhindern! Good farming – Good Food, unter diesem europäischen Motto des Marsches können wir uns einbringen, denn in Brüssel ist eine neue Zeit angebrochen, wo nicht mehr nur die großen Bauernverbände bei der Agrarpolitik mitreden, sondern zum ersten Mal wir als Bewegung auch gehört werden. Lassen wir nicht locker, lasst uns viele sein! Schwingt euch mit aufs Rad und begleitet den Good Food March ein Stück, damit diese junge Pflanze einer europäischen Bewegung für ein bessere Agrarpolitik auch in Deutschland weiter wächst!

Jochen Fritz

Kampagne: Meine Landwirtschaft

Impressum **b** unabhängige bauernstimme

Anschrift: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm
Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft – Bauernblatt e.V., Tel.: 023 81/905 31 71, Fax: 023 81/49 22 21, E-Mail: info@abl-ev.de; Internet: www.abl-ev.de;

Redaktion: Marcus Nürnberger: 02381-492220
 Claudia Schievelbein: 02381-492289
 Wiebe Erdmanski-Sasse, Ulrich Jasper,
 Fax: 023 81/49 22 21, redaktion@bauernstimme.de;

Verlag/ Aboverwaltung: ABL Bauernblatt Verlags GmbH, Geschäftsführung: Vera Thiel, Tel.: 023 81/49 22 88, Fax: 023 81/49 22 21, E-Mail: verlag@bauernstimme.de; Internet: www.bauernstimme.de; Bankverbindung: KSK Wiedenbrück, Kto: 2031516, BLZ 47853520

Anzeigenannahme bis zum 15. des Vormonats, Kontakt: Vera Thiel, Tel.: 02381/492288; E-Mail: anzeigen@bauernstimme.de

Erscheinungsweise: monatlich (11 x jährlich)
Abonnementpreis: 39,60 € jährlich, verbilligt auf Antrag 28,40 € jährlich
Druck: lensing druck, Münster – ISSN-Nr. 0943-4632; Postvertriebsstück 1 K 12858E

Alles zum Good Food March unter:

<http://www.meine-landwirtschaft.de/aktionen/good-food-march.html>

Terrassenlandwirtschaft in Äthiopien

Bäuerliche Landwirtschaft wird zum UNESCO-Weltkulturerbe erklärt

Die Terrassenlandwirtschaft der Konso in Südäthiopien ist in die Liste des Weltkulturerbes aufgenommen worden. Am 12. Juni wurde in Karat, der Hauptstadt der Region Konso, gefeiert. Im Januar gab es eine kleine Vorfeier mit Hirsebier, Honigwein und spontanem Tanzen. Dort konnte ich im neuen Kulturzentrum ein paar Bilder aus den neuen Gemeinschafts-Gemüseärten in Nordamerika und Europa zeigen. Das einheimische Publikum bestand vor allem aus alten Bauern. Sie waren sehr zufrieden mit meinem Bericht. Es sei sehr richtig, dass wir sie aus dem Norden nun auf diese Art und Weise unterstützten. Die Alten berichteten stolz, dass man auch bei ihnen jetzt Schulgärten einrichten würde.

Selbstbewusst traditionell

Die Eloquenz der Senioren erinnerte mich an meinen vorherigen Besuch. Als ich mich vor fünf Jahren vom Ältesten der Abebe-Familie verabschiedete, sagt der alte Ayele zu mir: „Ja, schreibe über uns. Schreibe, dass wir hier alles haben. Wir haben unser Auskommen, uns fehlt es an nichts, wir erwirtschaften alles selber. Und wir haben unsere Freiheit. Wir können tun und lassen, was wir wollen. Nur Geld, Geld habe ich keines.“ Und dann nahm er seinen Stock und machte sich auf, uns in das nächst gelegene Marktdorf Fasha zu begleiten. Mit seinen kurzen blauen Trachtenhosen aus lokalen Weberzeugnissen ging er den steilen Weg voran.

Barfuss, so wie er es 95 Jahre lang immer gemacht hatte. Ihm folgten einige seiner groß gewachsenen Enkelsöhne, die uns seine Rede ins Englische übersetzt hatten. Das zweistöckige Gehöft der Familie aus Basaltsteinen und mehreren angenehm kühlen Lehmbauten mit Strohdächern sowie einem aus Blech verschwand zwischen den Bäumen.

Aus europäischer Sicht sind die Konsobauern arm. Sie leben von ihrer regionalen Wirtschaft, die über kommunikative Wochenmärkte organisiert wird. Das jedoch erbringt kaum ein (sagen wir:) „Weltmarktpreise-kompatibles“ Einkommen. Die Bedürfnisse der Enkel nach Handys, Fahrrädern, Reisen oder Studien sind so nur schwer zu erfüllen. Die Konso sind ein Teil der „Southern Nations“ Äthiopiens. Etwa 300.000 Menschen mit eigener Sprache. Sie leben größtenteils von der Landwirtschaft. Außerdem gibt es in den Dörfern Weber und Schmiede. Vor 50 Jahren kamen durch evangelische Missionare aus Island und Norwegen die ersten Schulen und Krankenhäuser in das Land. Damals riss Ayeles ältester Sohn, der heute über 60jährige Abebe, von zuhause aus. Sein Vater verzieh ihm erst viele Jahre später. Später verließ Abebe erneut das Gehöft und wurde Wanderprediger. Die Landwirtschaft übernahmen seine Frau Kifte und sein Vater Ayele. Kifte zog zudem zehn Kinder groß. Abebe zwang besonders die Älteste, Alemitu, in die Schule zu gehen.

Alemitu lernte Englisch und wurde Fremdenführerin. Der wachsende Tourismus verschafft einigen der Konso jetzt ein bescheidenes zweites Einkommen.

Die Terrassenlandwirtschaft

Die Region der Konso besteht aus einem Bergland am Rand des ostafrika-

sorgfältig getrockneten“ Hinterlassenschaften des Homo sapiens. Der Moringabaum (*moringa stenotepala*) ist die zweite Besonderheit, für die die Konso-Landwirtschaft in das Weltkulturerbe aufgenommen wurde. Die Blätter dieser einzigartigen Baumart dienen als Gemüse. Sie sind Vitamin C und A-haltiger als die meisten anderen Grüngemüse.



Landwirtschaft auf mehreren Ebenen in Äthiopien.

nischen Grabenbruchs. Seit 400 Jahren wirtschaftet man dort mit Terrassen, um dem Bodenabtrag vorzubeugen und um das wenige Wasser sinnvoll über die schmalen Felder leiten zu können. Die Terrassen sind aus schweren roten Basaltsteinen nahezu fugenlos geschichtet. Jedes Jahr müssen sie ausgebessert werden. Eine schwere Arbeit und daher eine Gruppenarbeit, bei der sich die Nachbarn aushelfen oder auch die in der Stadt Karat zur Schule gehenden Enkel zum Helfen kommen müssen. Die Landwirtschaft der Konso ist eine für die Tropen typische Gartenbau-Landwirtschaft. Man nennt es heute engl. „agroforestry“, Waldgartenwirtschaft. Der ganze Bedarf der Familie samt Markterzeugnissen („cash crops“) wird auf ein bis zwei Hektaren in dreistöckiger Landwirtschaft angebaut. Als Gemüse werden der abessinische Kohl, Kürbisse, Süßkartoffeln und Bohnen, Sojabohnen, Linsen, Paprika und Erdnüsse angebaut. Dazu als Grundnahrungsmittel und zwecks Verkauf Sorghum (Kolbenhirse) und Mais. Auf der zweiten Ebene wachsen Kaffee oder Baumwolle oder Papaya, Avocado und halb hohe Fruchtbäume. In der dritten Ebene wölben sich die Bäume, die den Kaffeesträuchern den notwendigen Schatten gewähren und den Boden halten. Es gibt Futterbäume, Holzbäume und Kohlbäume. Gedüngt wird mit Kuhdung und je nach Örtlichkeit und zunehmend seltener mit – wie ein Ethnologe schrieb – „seitens der Frauen

Die Pflanze enthält alle essentiellen Fettsäuren und nahezu fast alle Spurenelemente. Dem Alten Wissen der Heilerinnen zufolge liefert Moringa Hilfe in vielen Fällen, etwa bei Zahnschmerzen, Verdauungsproblemen oder Diabetes. Heute benutzt man die Frucht zum Reinigen von trübem Wasser, auf dessen Gebrauch die meisten Konso angewiesen sind. Ein Moringa-Same in einen Liter Flusswasser gelegt, reinigt dieses binnen einer Stunde. Die Durchfallerkrankungen infolge unsauberen Wassers verschwinden. Außerdem liefern die Samen Öl. Auch die Wurzelknolle ist essbar.

Der Kohlb Baum

In Äthiopien ist heute die Hauptaufgabe das Pflanzen von Bäumen, um dem Klimawandel etwas entgegen zu setzen. Und um vermehrte Erosion infolge der sich häufenden Starkregenfälle zu verhindern. Bäume ziehen den Regen an. Fruchtbäume erbringen Marktfrüchte. Der Klimawandel trifft wie ganz Ostafrika auch das Konso-Bergland als Teil jenes Tropengürtels, für den zwei Regenzeiten typisch sind. Wenn infolge des Klimawandels in mehreren Jahren hintereinander die kleine Regenzeit ausfällt, fällt jede zweite Ernte aus. Familien mit nur wenig Land hungern. Das Hegen und Verbessern der Waldgartenwirtschaft samt Moringabaum und Terrassen ist für die Konso das Mittel zur „Zukunftssicherung“.

Elisabeth Meyer-Renschhausen



Ein erweitertes Familienfoto. Die beiden Hauptpersonen Kifte und Ayele sitzen vorne links. Fotos: Meyer-Renschhausen

Blühender Garten oder Agrarsteppe?

Enquetekommission zeichnet unterschiedliche Bilder von Brandenburgs Landwirtschaft

Käfig-Bürgschaften

Auf heftige Kritik stoßen Exportbürgschaften der Bundesregierung für den Export deutscher Legehennenkäfige an den ukrainischen Eierkonzern Avangardo IPL. Deutsche Hersteller (in der Branche tippen viele auf „Big Dutchman“) wollen die in Deutschland und in der EU längst verbotenen Käfige für 3 Millionen und 5 Millionen Hennen an zwei Standorten in der Ukraine liefern. Das ukrainische Unternehmen ist nach eigenen Angaben der größte Eierkonzern Eurasiens und der zweitgrößte weltweit. In die EU verkaufe man kaum Eier, wohl aber an andere Unternehmen zu einem Stückpreis von 7 Cent pro Ei. *en*

Schon beim Blick in das Gutachten von Helmut Klüter im Vorfeld der jüngsten Sitzung der Enquetekommission zur „Aufarbeitung der Geschichte und Bewältigung von Folgen der SED-Diktatur und des Übergangs in einen demokratischen Rechtsstaat im Land Brandenburg“ durfte man sich auf eine kontroverse Debatte freuen. Kommt doch der Greifswalder Geografieprofessor zu der Aussage, dass die Großbetriebs-Agrarstruktur in Brandenburg verantwortlich ist für die Entleerung der ländlichen Räume und ihrer ökologischen wie auch ökonomischen Probleme. Gleichzeitig sieht er einmal mehr seine vergangenen Untersuchungen dazu bestätigt, dass gemessen an der Umsetzung von EU-Flächenprämien in Wertschöpfung, Brandenburgs Großbetriebe wesentlich ineffektiver sind, als das von ihm aufgrund seiner äußeren Strukturen zum Vergleich betrachtete Bundesland NRW. In beiden existiert – mit Berlin bzw. dem Ruhrgebiet – ein Ballungsraum, der der umliegenden Landwirtschaft nicht nur einen Markt für regional höherpreisig zu vermarktende Produkte bietet, sondern auch vielfältige Möglichkeiten der Einkommenskombination im Bereich Tourismus und Freizeitangebote. Er sprach vom „Garten der Metropolen“.

Prämien paradox

Klüter rechnete vor, dass der brandenburgische Agrarbetrieb aus einem Euro Flächenprämie 1,88 Euro macht, der Hof in NRW macht aus einem Euro 3,10 Euro. Hinzu kommt eine wenig homogene Verteilung der EU-Subventionen in Brandenburg, 48 Prozent der Gelder landen bei den 366 Betrieben mit

fern.“ Mit 1,7 AK/ha fällt auch der Arbeitskraftbedarf in Brandenburg deutlich geringer aus als der Bundesdurchschnitt (3,3 AK) bzw. im Vergleich mit NRW (4,3 AK). Klüters Schlussfolgerung: „Die ungerechte Landverteilung, Arbeitsplatzvernichtung, der Rückstand bei den Investitionen, mangelnde Flächenproduktivität, unzureichende Vermögensbildung in breiten Bevölkerungsschichten sind die wesentlichen Faktoren, die in den vergangenen beiden Jahrzehnten große Teile der Landbevölkerung zur Abwanderung gezwungen haben. Dieser Zusammenhang wird häufig mit Hilfe des unschuldig klingenden Begriffs „demografischer Wandel“ anonymisiert und verschleiert. Schwer verständlich erscheint vor diesem Hintergrund, dass die öffentliche Hand – in diesem Fall die EU mit ihren Flächenprämien – große Agrarbetriebe, die mit niedriger Produktivität und Monopolisierung bestimmter Erzeugnisse die regionalwirtschaftliche Verarmung ländlicher Räume verursachen, stärker und regelmäßiger fördert als kleine Gemeinden, die versuchen, ihre Territorien positiv zu entwickeln und neue Arbeitsplätze zu schaffen.“

Kritikresistenz

Während die Mitglieder der Linken-Landtagsfraktion sich über die „gruseligen“ Darlegungen Klüters erregten, attestierte der als Anzuhörender geladene brandenburgische Bundes-Bauernverbandsvizepräsident Udo Folgart, dem Wissenschaftler nur einen „Hauch von Ideologie“. „Wir sind die Guten“, proklamierte er dennoch selbstbewusst und sieht sich nicht bedrängt durch schlechte Auszahlungspreise, wie das Beispiel Milch

satz sei, bei einem weltweit steigenden Bedarf an Lebensmitteln und Agrarrohstoffen, Fläche aus der Produktion zu nehmen. Und dass die Bezahlung so schlecht in den Betrieben wäre, sähe er nicht, die Betriebe seien eben nicht tariflich gebunden, deshalb gebe es kaum Werte. Aber grundsätzlich seien Arbeitskräfte in der Landwirtschaft eher gesucht. Ja, es finde sich ja kaum noch jemand, weil die sozialen Strukturen wie Kinderbetreuung und Ähnliches auf den Dörfern weggebrochen sei, konterte der nächste Anzuhörende, Karsten Jennerjahn vom Bauernbund, und fügte spitz hinzu, wenn Folgart auch seinen Lohn als Chef eines Großbetriebs mit in den Durchschnitt rechne, sähen die Zahlen eben so schlecht nicht aus. Andreas Eisen, Geschäftsführer des Genossenschaftsverbandes, ließ sich von Kritik nicht beeindrucken. Er betonte erst einmal, wie stolz man auf die brandenburgischen Mehrfamilienbetriebe sein müsse, die er immer erlebe als funktionierende Einheiten mit hoher Leistung und hoher Identifikation der Mitarbeiter, auch der Chefs, die auch schon mal Mittags Gulasch aufs Feld brächten. Er hält nichts von einer Agrarreform, die staffelt und kappt, schließlich „wird doch das Kindergeld auch nicht beim nächsten Kind gekürzt“.

Politische Steuerung

Enquetekommissions-Mitglied Dieter Dombrowski (CDU) mahnte zum Blick möglichst ohne Ideologie und sah den in der Studie von Helmut Klüter durchaus gewahrt, auch wenn sie „zugunsten von klein- und mittelständischen Strukturen“ ausfiele und „bejahe, dass Großbetriebe zur Entleerung der ländlichen Räume beitragen“. Die Politik sei nun verpflichtet, an den entsprechenden Schrauben zu drehen und dieser Entwicklung Einhalt zu gebieten, so Dombrowski. Eine gute politische Ausrichtung bringe Ökologie und Ökonomie in Einklang, formulierte die auch als Anzuhörende eingeladene ehemalige grüne Landwirtschaftsministerin von Sachsen-Anhalt, Heidrun Heidecke. Sie betonte einmal mehr die ökologischen Schwierigkeiten, die aus einer industrialisierten Großbetriebs-Agrarstruktur erwachsen und machte zudem die weitergehenden Auswirkungen für Brandenburg auch als Freizeitort Berlins deutlich, wenn sie sagt: „Ich kann mir schlecht vorstellen, auf einer industriellen Schweinemastanlage Urlaub auf dem Bauernhof zu machen.“ Ihr Parteikollege Axel Vogel, Mitglied der Enquetekommission, formulierte es als Arbeitsauftrag für den Landtag: „Wie weit kann Politik einen Beitrag dazu leisten, dass im Umfeld von Berlin nicht nur Mais wächst, sprich ist öffentliches Geld gut investiert oder wäre es besser einsetzbar?“ Bleibt zu hoffen, dass Brandenburg zukünftig ehrliche Antworten gibt. *cs*



Blick nach Brandenburg

Foto: Falk/pixelio

Zahlungsansprüchen über 300.000 Euro. In NRW hingegen verteilen sich 48 Prozent der EU-Flächenbeihilfen auf die 47.175 Betriebe mit Prämienansprüchen bis 50.000 Euro. Damit gehe einher, dass sich in Brandenburg weniger Geld im ländlichen Raum multipliziert, da die dortige Wirtschaft nur beschränkt in der Lage ist, die Saat- und Düngermengen, die Spezialausrüstung und die Spezialmaschinen für Großbetriebe zu lie-

zeige. Investitionsprogramme seien wichtig, damit investiert werden könne, wo die Zukunft liege – in der Veredlung. „Dann müssen aber auch Genehmigungsverfahren für Anlagen beschleunigt werden und nicht verhindert“, so seine Forderung. Das geplante Greening bei den Zahlungen aus Brüssel schrecke ihn nicht, die Vorrangflächen ließen sich in Brandenburg problemlos einrichten, man müsse sich aber fragen, ob es der richtige An-

Ungesundes Arzneimittelgesetz

Änderungsentwurf des Bundeskabinetts bietet zumindest Ansätze

In der Tierhaltung ist der Einsatz von Antibiotika zu hoch und in den letzten Jahren noch gestiegen. Deshalb wird längst auf Wohnzimmersofas, an Hoftoren und in Politikbüros über die unter anderem daraus resultierenden multiresistenten Keime diskutiert. Deren Infektionen können tödlich enden.

„Ziel des Gesetzes ist es, Maßnahmen zu treffen, die darauf gerichtet sind, den Einsatz von Antibiotika bei der Haltung von

der Novelle im Abschnitt „Verringerung der Anwendung antimikrobiell wirksamer Stoffe“ skizziert ist. Da kommt wieder die zuständige Behörde ins Spiel, die eben Tierhalter unter die Lupe nehmen soll, die über dem Durchschnitt liegen.

Die Erfassung von Antibiotikaeinsätzen ist sicherlich ein wichtiger Grundstock. Dennoch bleiben in der Novelle viel zu viele Fragen ungeklärt. Etwa die von Dr. Thorsten Arnold, Fachtierarzt und im Bundes-



Stoff für die Stallapotheke.

Foto: Altmann/pixelio

Tieren zu reduzieren (...)" empfängt es einen verheißungsvoll in der ersten Zeile des Entwurfs für eine Änderung des Arzneimittelgesetzes, das das Bundeskabinett am 18. Juli veröffentlicht hat. Das Gesetz stammt aus dem Jahr 1976 und wurde mehrere Male überarbeitet.

Dokumentation

Die wohl auffälligste Besonderheit der jüngsten Novelle ist für die Tierhaltung die Ergänzung von Paragraph Acht. Da geht es um die „Anwendung durch Tierhaltung“. Direkt angefügt wurde in dem Änderungsentwurf der Abschnitt „Ermittlung der Therapiehäufigkeit“. Alle Tierhalter müssen sich, wenn das Gesetz denn so beschlossen wird, zunächst entweder elektronisch, telefonisch oder schriftlich bei der zuständigen Behörde melden und unter Angabe von Name und Anschrift die Nutzungsart der gehaltenen Tiere durchgeben. Monatlich müssen der Behörde angewendete Antibiotikaeinsätze mitgeteilt werden. Dazu gehört Name des benutzten Medikamentes, Anzahl und Art der behandelten Tiere, Anzahl der Behandlungstage und Anzahl der Tiere, die im jeweiligen Monat durchschnittlich gehalten worden sind. Die Behörde übersendet dann die aufgearbeiteten Daten an das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL), das daraus eine bundesweite, durchschnittliche, jährliche Therapiehäufigkeit für die jeweilige Tierart ermittelt. Das wird als Kennzahl bekannt gegeben. Dann erfolgt ein weiterer Schritt, der in

verband praktizierender Tierärzte: „Wie sollen die Behörden die ganze Datenflut bewältigen, vor allem in den Tierhaltungszentren wie etwa Vechta oder Cloppenburg?“

Damit werden Behörden zumindest allein gelassen. Weiterhin lässt die Novelle offen, was denn die Behörden unternehmen sollen, wenn Tierhalter Durchschnittswerte überschreiten? Der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) kritisiert zudem in einer Stellungnahme, dass die Dosis gar nicht erfasst wird, sondern nur eben die Häufigkeit, und vermisst weiterhin ein klares und ambitioniertes Reduktionsziel.

Haltungsfrage

Der landwirtschaftliche Nachrichtendienst *Agrar-Europa* vermeldet, dass laut Angaben des Bundeslandwirtschaftsministeriums im Jahr 2005 in der deutschen Tierhaltung 784,4 Tonnen Antibiotika eingesetzt wurden und dieser Wert bis 2008 spürbar gestiegen ist, wobei das Ministerium als Erklärung für den Anstieg vor allem die gestiegenen Tierzahlen in der Mast ins Feld führt. Arnold stellt klar, „dass bei geringeren Besatzdichten auch weniger Antibiotika eingesetzt werden“ müsse. Auch wenn das nicht allein eine Rolle spielt, so ist damit auch die Haltungsfrage und die strukturelle Entwicklung in der Tierhaltung thematisiert. Das kann sicher das Arzneimittelgesetz allein nicht lösen, aber wichtige Impulse können durch eine wirksame Ausgestaltung gegeben werden.

Berit Thomsen

Tierschutzplan im Norden

Einen Tierschutzplan will die neue Landesregierung auch in Schleswig-Holstein umsetzen, hierfür soll ein Runder Tisch „Tierschutz in der Nutztierhaltung“ stattfinden. Außerdem sieht der Koalitionsvertrag den Einsatz für regionale Schlacht- und Verarbeitungskapazitäten vor sowie ein Verbandsklagerecht für anerkannte Tierschutzverbände. pm

Säbelrasseln im Wahlkampf

Nun hat der Wahlkampf offiziell begonnen, für die Landtagswahl im Januar 2013 in Niedersachsen und die Bundestagswahl in einem Jahr. Friedrich Ostendorff, Agrarsprecher der Grünen Bundestagsfraktion, hat verkündet, man wolle die Massentierhaltung zum Schwerpunktthema machen. Eine Flächenbindung der Tierhaltung, eine Abschaffung der Privilegierung für gewerbliche Tierhaltungsanlagen, Ende der Qualzucht, Ostendorff gibt einen klaren Kurs an und erhebt für seine Partei Ansprüche auf das Ministeramt, wenn es denn die Mehrheitsverhältnisse nach der Wahl zulassen. Der Abler und Biobauer sieht die Auseinandersetzung mit der CDU: „Wir stehen für eine bäuerliche Landwirtschaft, große Teile von CDU und CSU hingegen für eine weitere Industrialisierung.“ Der agrarpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Franz-Josef Holzenkamp, retournierte prompt: „Wir nehmen die Kampfansage der Grünen an die moderne Tierhaltung an und werden dagegenhalten.“ Man wolle keine Symbolpolitik zu Lasten der heimischen Erzeugung zulassen. cs

Linke-Agrarsprecherin für Großmastanlagen

Mit großem Widerhall in den Medien von Bauernverband und Agrarindustrie hat sich die agrarpolitische Sprecherin der Bundestags-Linksfraktion Dr. Kirsten Tackmann gegen den Begriff „Massentierhaltung“, gegen eine „Schwarz-Weiß-Diskussion über Tierhaltung“ und gegen eine „Groß-Klein-Diskussion“ ausgesprochen. Sie kritisierte dabei Mega-Anlagen mit 69.000 Tieren, plädierte aber indirekt für Großanlagen in flächenstarken LPG-Nachfolgebetrieben. Die Kappung der Direktzahlungen oder deren degressive Ausgestaltung in Abhängigkeit von der Betriebsgröße lehnte Tackmann ab. en

Hunger-Bananen

Die Umweltorganisation Oxfam prangert Hungerlöhne unterhalb der offiziellen Armutsgrenze und Pestizidbelastungen bei Arbeitern in den Plantagen und Zulieferbetrieben der Bananenkonzerne Dole, Noboa oder Reybanpac in Ecuador an. Sie forderte die deutschen Handelsketten auf, ihre Marktmacht nicht zum Preisdruck, sondern für die Einhaltung sozialer Mindeststandards und gewerkschaftlicher Rechte einzusetzen. pm

Missverständnis zur Fruchtfolge

In der letzten Ausgabe dieser Zeitung (S. 12) haben wir mehrere Stellen zitiert, wonach die von der EU-Kommission vorgeschlagene Greening-Anforderung „Fruchtartenvielfalt“ heute von einem doch erheblichen Teil der Betriebe nicht eingehalten wird. Diese Betriebe müssten also ihre Fruchtfolge erweitern, um der Anforderung nachzukommen, dass auf der Ackerfläche des Betriebes mindestens drei verschiedene Kulturpflanzen angebaut werden, von denen jede mindestens 5 % und höchsten 70 % der Ackerfläche einnimmt. Diese Vorgabe sieht die EU-Kommission für Betriebe mit mindestens 3 ha Ackerfläche vor. Unser Artikel enthält eine Aussage, wonach in Nordrhein-Westfalen sogar 78 % der Betriebe diese Anforderung reißen würden. Das beruht auf einem Missverständnis unsererseits über eine Auswertung, die von der Landwirtschaftskammer NRW erstellt wurde. Richtig muss es heißen, dass danach in NRW von allen Betrieben mit Ackerbau 78 % Ackerbau auf über 3 ha betreiben. Die von der EU-Kommission vorgeschlagene 3 ha-Freigrenze befreit also 22 % aller Betriebe mit Ackerbau in NRW. Diese Betriebe zusammen bewirtschaften aber nur 3 % der gesamten Ackerfläche in NRW. Selbst wenn die Freigrenze auf 15 ha Acker je Betrieb angehoben würde, so die Kammer, würden zwar knapp 44 % der Betriebe mit Ackerbau, aber nur 9 % der gesamten Ackerfläche in NRW „befreit“. uj

Blockaden verhindern Milchpreissenkung

Die Solidarität unter den englischen Bauern im Kampf um faire Preise zeigt erste Erfolge

Es war wohl das bisschen zu viel Preissenkung. Mit Blockaden ihrer Molkereien demonstrierten hunderte von Milchbauern seit der zweiten Julihälfte gegen die von den Molkereien angekündigten Milchpreissenkungen zum ersten August. Um bis zu dreieinhalb Cent pro Liter sollte der Preis gesenkt werden. Die

händler auf der Insel. In den besonderen Fokus gerieten die beiden Unternehmen, weil sie eine Preissenkung zu Anfang August um umgerechnet etwa 3 Cent auf 32 Cent/l ankündigten. Aber auch Unternehmen, die geringere Preissenkungen ankündigten, wie First Milk und Dairy Crest, die den Auszahlungspreis um ca. 2 Cent reduzieren wollten, wurden bestreikt.

Erfolge, aber noch keine Lösung

Der landesweite Protest der Bauern zeigte schnell Wirkung. Als erstes Unternehmen kündigte First Milk gefolgt von Dairy Crest an, die Preissenkung zurück zu nehmen. Inzwischen haben nahezu alle Molkereien von der angekündigten Preissenkung Abstand genommen. Darüber hinaus haben die Proteste dazu geführt, dass einzelne Discounter und Supermarktketten seit Anfang August einen Preisaufschlag zahlen. Nach Berichten in *farmers weekly* will beispielsweise Aldi den Auszahlungspreis für Milchbauern um umgerechnet 2,5 Cent/l erhöhen. Auch die Supermarktketten Morrisons und The Co-operative sollen ihren Lieferanten Zuschläge in Aussicht gestellt haben.

Neue Regeln vereinbart

Nahezu zeitgleich hat die Dairy Coalition, ein breites Bündnis britischer Bau-

ernorganisationen, einen zehn Punkte Plan für den englischen Milchmarkt vorgestellt. Ziel ist eine langfristige Sicherung des Einkommens der Milcherzeuger. „Die erste Priorität des Dairy Coalition ist ein ehrlicher und gut funktionierender Markt für die britischen Milcherzeuger. Wir sind davon überzeugt, dass alle Landwirte für eine faire und nachhaltige Milch zumindest einen kostendeckenden Preis bekommen müssen. Nur so kann garantiert werden, dass die Verbraucher auch britische Milchprodukte im Regal finden“, sagte Mansel Raymond, Vorsitzende der Molkerei-Abteilung innerhalb der britischen National Farmers Union, einer der Partner des Bündnisses.

Derweil setzten sich die Proteste der Milchbauern trotz der Rücknahme der Preissenkung auch im August fort. Allerdings verlagerten die Milchproduzenten ihre Demonstrationen vor die Discounter und Supermärkte, um auch mit den Kunden ins Gespräch zu kommen. Mitte August protestierten die Bauern vor einer Filiale des Unternehmens Asda-Walmart. Von dem Unternehmen forderten die Bauern einen Mindestpreis von umgerechnet 0,38 € pro Liter Milch für alle direkt und indirekt erworbenen Milchprodukte. In einem weiteren Schritt soll der Mindestpreis auf umgerechnet 0,51 € angehoben werden. Mitgetragen werden die Protestaktionen auch von Schaf-, Rinder- und Schweinehaltern. *mn*

Neue Zuckerbarone in Brasilien

Der weltgrößte Zucker- und Ethanolkonzern, die brasilianische Cosan, verarbeitet nicht nur riesige Mengen von Zuckerrohr, sondern hat auch das brasilianische Esso-Tankstellennetz übernommen und mit der Shell Brasil fusioniert. Jetzt will Cosan laut *Handelsblatt* über den Kauf der britischen Esso-Tochter Comma den Absatz von Schmiermitteln aus Ethanol vorantreiben. Parallel dazu haben sich die britische BP und die staatliche Petrobras in die Biotreibstoff-Branche eingekauft, der Chemiekonzern Dow baut mit der japanischen Mitsui eigene Plantagen und Polymer-Fabriken auf. Allerdings steckt die Zucker- und Ethanolbranche Brasiliens seit fünf Jahren in einer schweren Krise – wegen niedriger Zuckerrohrernten infolge von Dürren und fehlenden Investitionen in die Zuckerrohr-Plantagen. *en*



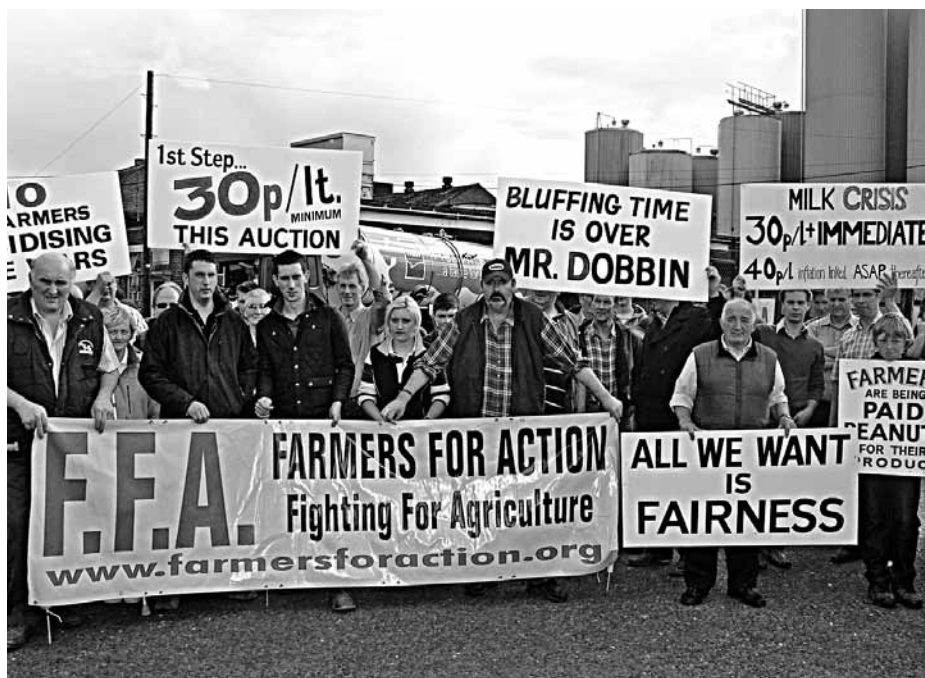
Farmer von der Molkerei in Ketten gelegt.

Fotos: EMB

Blockaden kamen auf Initiative des britischen Erzeugerverbandes Farmers for Action (FFA) zustande. Molkereien an verschiedenen Orten in England wurden blockiert und die Milchanlieferung verhindert.

Marge zu Lasten der Bauern

Für die Milchbauern ist klar, dass die weitere Preissenkung viele Kollegen an den Rand der Existenz gebracht hätte und sie zur Aufgabe ihrer Höfe gezwungen wären. Ihr Hauptvorwurf richtet sich nicht an die Molkereien, sondern an den Handel, der nach Einschätzung der streikenden Milchbauern durch die geringen Einkaufspreise seine Gewinnmarge auf Kosten der Produzenten ausbaut. Besonders betroffen waren Werke von Arla und Robert Wieseman. Beide Molkereien gehören zu den führenden Unternehmen in England. Nach eigenen Aussagen deckt Wieseman 30 Prozent des täglichen Frischmilchbedarfs in England. In diesem Jahr ist das englische Traditionsunternehmen Teil der Müller Group geworden. Das inzwischen weltweit im Milchbereich tätige, ursprünglich schwedische Unternehmen Arla deckt 44 Prozent des Frischmilch- und Sahnebedarfs der sieben größten Einzel-



Krabbenfischer organisieren sich

Nachhaltiger Fang und bessere Qualitäten sollen das Auskommen sichern

Seit über einem Jahr laufen die Vorbereitungen für den Zusammenschluss der deutschen Krabbenfischer. Die Gründung der neuen Erzeugergemeinschaft steht in den kommenden Tagen an. Voraussichtlich 120 bis 130 der insgesamt 160 deutschen Betriebe werden der genossenschaftlich organisierten Erzeugergemeinschaft (EZG) beitreten.

zur Vermarktung anstünden. Eine feste Größe. Neben dem Preis geht es den Krabbenfishern aber auch um die Qualitätsstandards. Zum einen streben sie an, dass ihre Krabben nach dem MSC-Standard für eine nachhaltige Fischerei zertifiziert werden. Zum anderen suchen sie derzeit gemeinsam mit der Fachhochschule in Kiel nach Möglichkeiten, die Energieeffizienz



Sie machen vor, wie es gehen muss.

Foto: ME/pixelio

Die Krabbenfischer erwarten sich von dem Zusammenschluss neben besseren Erzeugerpreisen auch bessere Qualitäten für den Verbraucher sowie eine transparente Vermarktung. Dies gilt vor allem für die im Prozess anfallenden Siebkabben, zu kleine oder kaputte Tiere, die in die Futtermittelproduktion gehen.

Industrielle Konkurrenz

Schon lange sind die Krabbenfischer von den ruinösen Preisen ihrer Abnehmer in der Existenz bedroht. Durch die Einführung von Fangquoten bei Fisch sind viele Fischkutter, vor allem aus den Niederlanden, auf den nicht quotierten Krabbenfang umgestiegen. Die deutlich größeren, oft niederländischen Kutter fangen auch vor der deutschen Küste, regulär bis zur Drei-Meilen-Zone. An Wochenenden, wenn die behördliche Überwachung geringer ist, auch schon mal näher an der Küste. Die deutschen Krabbenfischer, in der Regel kleine Familienunternehmen, können mit diesen großen Strukturen und Fangmengen nicht konkurrieren. Auch weil nur drei Händler die Krabben abnehmen und die Preise bestimmen.

Das soll sich jetzt ändern. Wenn es gelingt, dass sich 60 Prozent und mehr Krabbenfischer an der EZG beteiligen, dann hätte man jährlich 10.000 Tonnen Krabben, die

ihrer Kutter zu verbessern. Neben dem Antrieb des Motors, dessen Verbrauch beim Schleppen der Netze deutlich steigt, benötigt vor allem die Heizung und das Abkochen der Krabben viel Energie. Durch bessere Netzführung, verbesserte Brenner und die Nutzung der Abwärme des Schiffsdiesels können Einsparungen erzielt werden. Die Krabbenfischer gewinnen gleich doppelt. Neben der deutlich verbesserten Ökobilanz haben sie auch geringere Treibstoffkosten, derzeit im laufenden Betrieb der größte Kostenblock.

Auch wenn es erst in den nächsten Tagen zur Gründung der Erzeugergemeinschaft, die vom Land Niedersachsen finanziell gefördert wird, kommt, so können die Krabbenfischer schon jetzt einen ersten Erfolg verbuchen. Die Krabbenpreise sind deutlich gestiegen. Vielleicht schon eine erste Reaktion der Abnehmer, um wankelmütige Krabbenfischer doch noch vom Schritt in die Erzeugergemeinschaft abzubringen. Die meisten Krabbenfischer, die sich im vergangenen Jahr an der Bauernsternfahrt nach Berlin beteiligten, dürften jedoch davon überzeugt sein, dass jeder für sich alleine keine Chance hat, gegenüber weniger Aufkäufern zu bestehen und nur der Zusammenschluss langfristig bessere Preise garantieren kann. *mm*

Kurzes am Rande

Milchbauern gründen Europäisches Bündnis

Um die länderübergreifende Zusammenarbeit zu stärken, haben Milchbauern aus der Europäischen Union auf Initiative des European Milk Board (EMB) die „Internationale Bündelungskommission der Milcherzeuger“ gegründet. Ziele sind unter anderem, die Verhandlungsmacht gegenüber dem Handel zu vergrößern und den Informationsaustausch über den Milchpreis zu verbessern. Zu den Gründungsmitgliedern, der deutschen Milcherzeugergemeinschaft MEG Milch Board, dem französischen Milk Board und der belgischen Milcherzeugergemeinschaft MIG, sollen sich in Zukunft noch weitere Erzeugergemeinschaften, auch aus nicht EU-Ländern anschließen. Laut Sieta van Keimpema, der Vizepräsidentin des EMB, könne durch das Bündnis in Zukunft bei Bündelungsfragen intensiver, länderübergreifend zusammengearbeitet werden. So sollen auch Probleme im EU-Milchpaket benannt und an die Politik herangetragen werden. *jm*

Molkereien sind sich nicht einig

Die Milchpreissituation in Deutschland hat sich in der ersten Jahreshälfte 2012 stetig verschlechtert. Laut *Agrarmarkt Informations-GmbH (AMI)* wurde im Juni erstmals seit Mai 2010 die Marke von 30 Cent im bundesweiten Mittel wieder unterschritten. Im Juli haben sich die Milchpreise uneinheitlich entwickelt. Das *Wochenblatt Westfalen-Lippe* berichtete am 14.8., dass die MUH, Hochwald sowie die Molkerei Walhorn wie angekündigt ihren Preis gehalten haben, Friesland-Campina hat den Basispreis um 1,5 Cent erhöht, wobei gleichzeitig die Wintermilch-Rückstellung in Höhe von 2,3 Cent weggefallen ist. Um 1,0 Cent auf jetzt 28 Cent gefallen ist der Milchpreis beim Deutschen Milchkontor (DMK) obwohl der Geschäftsführer des größten deutschen Molkereiunternehmens Josef Schwaiger am 18.07. der *Süddeutschen Zeitung* sagte, dass der Markt sich stabilisiert und dies auch an die Milchbauern weitergegeben werden soll. *jm*

Die Sorge der Milchbauern

Durch den erneuten Verfall der Milchpreise stehen viele Milchviehbetriebe wieder an der Existenzgrenze. Die Milchpreise liegen im Durchschnitt wieder unter 30 Cent, jedoch sind die Kosten für Futtermittel in den vergangenen Monaten deutlich gestiegen. Die Dürre in den USA und die daraus resultierenden bis zu 50 % höheren Einkaufspreise für Soja treiben auch die anderen Futtermittelpreise in die Höhe. Der aktuelle Milchpreis kann diese höheren Kosten aber nicht auffangen. So sieht es auch Romuald Schaber, Vorsitzender des Bundesverband deutscher Milchviehhalter (BDM): Wenn der Trend bei den Milchpreisen weiter negativ bleibe, werde es neue Proteste geben, so Schaber. „Am meisten erreichen wir durch Milchsprühaktionen. Die Menschen werden nachdenklich wenn sie sehen, dass die Bauern ihre Milch auf die Felder sprühen.“ Als Reaktion auf Schabers Ankündigungen bekannten einige Milchviehhalter allerdings, sie sähen sich nicht in der Lage bei solchen Aktionen Unterstützung zu leisten, weil ihre finanzielle Situation dies nicht mehr zulasse. Grundsätzlich hielten sie aber die Aktionen für richtig und den Preis von 40 Cent pro Liter für angemessen. *jm*

Soja-unabhängige Handelsmarken

Bei ihrem Widerstand gegenüber der Gentechnik-Lobby und der Kanzlerin in Sachen Gentechnik-Lockerung hat Agrarministerin Aigner laut *Spiegel* die Rückendeckung großer Lebensmittelhändler: „Man wolle nicht zu einer Verunsicherung des Verbrauchers beitragen, so ein Rewe-Sprecher. Um sich unabhängiger vom südamerikanischen Soja zu machen, wolle Rewe zudem bei den Eigenmarken langfristig auf nachhaltigere europäische Eiweißfutterquellen setzen.“ Dies gilt auch für Fleisch, ähnliche Planungen gibt es bei Edeka. *en*

BDM Milchbar bei Olympia

Der Bund deutscher Milchviehhalter (BDM) und der Deutsche Behindertensportverband e.V. (DBS) haben pünktlich zum Start der Paralympischen Spiele in London eine Partnerschaft geschlossen. Der BDM ist offizieller und exklusiver Milchlieferant der Deutschen Mannschaft und betreibt unter anderem eine Milchbar im Deutschen Haus in London. Mit Freude gab Friedhelm Julius Beucher, Präsident des DBS am 27. Juli die Partnerschaft bekannt. *jm*



Kurzes am Rande

Über Grenzen hinweg

Gemeinsam mit der AbL-Allgäu wurde die Ausstellung zur Milch in Nord und Süd im österreichischen Reutte präsentiert. (v.l.) Franz Kögl, Bezirksobmann Landwirtschaftskammer Reutte; Michaela Sütner, Weltladen Reutte; Markus Eberle, BM; Caro Winklmeier, Schutzgebietsbetreuerin Vilsalpsee; Harald Kleiner vom Vilshof, Vize Bürgermeister und Stv. Obmann Bezirkslandwirtschaftskammer; In Tracht: Michael Finger, Geschäftsführer AbL Allgäu

Ein Jahr später

Sie kamen wieder. Die Bauern aus Rhauferhn haben vor den Toren der Biogasanlage in Klostermoor ein besonderes Jubiläum gefeiert. „Ein Jahr rechtsfreier Raum Klostermoor!“. Hintergrund ist der vor einem Jahr gescheiterte Vertrag zwischen dem ortsansässigen Landwirt als privilegiertem Betreiber und der Deutschen Biogas. Seitdem fehlt der Biogasanlage nach Auffassung der Landwirte eine Betriebsgenehmigung. Dies ergebe sich auch noch aus der mangelnden regionalen Rohstoffverfügbarkeit, berichtet Ottmar Illchmann, der vor Ort den Protest mitorganisiert. „Um 50 % des Rohstoffbedarfs decken zu können, bräuchte die Anlage 250 ha Mais, ihr stehen aber nur noch 70 ha zur Verfügung.“ Alles Weitere sowie die Gülle wird zweimal pro Woche angeliefert. Dass sich der Landkreis nicht zu einer Stilllegung durchringen kann, hat offenbar mit den potenziellen hohen Regressforderungen der Deutschen Biogas zu tun. Auf eine Anfrage beim Landtag jedenfalls wurde die Rechtsauffassung der Bauern bestätigt: Derzeit fehlt für den Betrieb der Anlage die rechtliche Grundlage. mn

AbL-Bayern lud zur Wanderung

An der frischen Luft, beim Anstieg zur Bäckeralm in Oberbayern diskutierten die beiden Vorsitzenden der AbL-Bayern Gertraud Gafus und Andreas Rimmelberger sowie ihre Stellvertreter Ute Gasteiger und Hubert Hochreiter mit der SPD-Bundestagsabgeordneten Dr. Bärbel Kofler, Mitglied im Ausschuss für Umwelt-, Naturschutz, Reaktorsicherheit, und mit Maria Noichl, SPD-Sprecherin für Landwirtschaft im bayerischen Landtag. Andreas Rimmelberger stellte den beiden SPD-Politikerinnen das von der AbL-Bayern entwickelte Modell zur Verteilung der EU-Fördermittel auf der Basis wissenschaftlicher Berechnungen der Arbeitsleistung und Arbeitszeit vor. Im Anschluss erläuterte Gertraud Gafus die Vorstellungen der AbL-Bayern zur Ausgestaltung des in Brüssel diskutierten Greenings und der darin vorgesehenen Vorrangflächen. mn



Es muss nicht immer Berlin sein

Erstes Milch-Bäuerinnentreffen im Allgäu

Angefangen hat das bei mir im Mai 2009 in Berlin. Die Milchbäuerinnen wollten die Kanzlerin sprechen. Ich fuhr mit und dachte, in ein bis zwei Tagen ist die Sache erledigt und ich bin dann wieder daheim. Es kam ganz anders. Nach einer Woche fuhr ich nach Hause, die Kanzlerin hatten wir nicht gesprochen, aber ich hatte die intensivste Woche meines Lebens erlebt. Das möchte ich nicht missen und zum Glück kann es mir auch niemand nehmen, was ich in dieser Zeit erlebt habe.

Eine unglaubliche Solidarität unter den Bäuerinnen, egal woher sie kamen, wie alt sie waren – wir hatten ein Ziel, und dafür haben wir gemeinsam vor dem Kanzleramt protestiert, demonstriert, mit Abgeordneten, Ministern und Bürgern diskutiert und eine Straßenkreuzung kurzerhand mal blockiert. Ich habe eine enorme Kraft erlebt, Frauenpower, die ich unter Bäuerinnen so nie vermutet hätte. Unser Ziel, die Kanzlerin zu sprechen, haben wir in dieser Woche zwar nicht erreicht, aber wir haben gespürt, wie viel Energie, Ausdauer und Mut in uns Frauen steckt.

Ja, das ist nun schon eine Weile her, in der Zwischenzeit wurde auch viel demonstriert und diskutiert, aber wir Frauen haben es versäumt, uns in irgendeiner Form zu „treffen“. Ich selbst habe in dieser Richtung auch nichts unternommen, als ich aber vor ein paar Wochen von Waltraud Högner hörte, dass sie mal ein Bäuerinnentreffen organisieren möchte, hat mich der Gedanke nicht mehr losgelassen – und jetzt organisieren wir das. Ich wün-

sche mir, dass viele Bäuerinnen, egal wie alt sie sind und woher sie kommen, ob sie eher schweigsam sind oder gerne laut ihre Meinung sagen, ob sie in einem Verband sind oder nicht, ob sie in Berlin oder sonst wo dabei waren oder nicht – zum Bäuerinnentreffen ins Allgäu kommen. Wir wollen an diesem Wochenende einfach eine Möglichkeit bieten, dass sich interessierte Bäuerinnen treffen, austauschen, kennen lernen bzw. wiedersehen und in Workshops miteinander Themen besprechen und neue Ideen entwickeln. Natürlich kommt auch der „gesellige Teil“ nicht zu kurz. Am Sonntag werden wir bei einem Ausflug das schöne Allgäu kennen lernen. *Birgit Kühnle*

Erstes bundesweites Milchbäuerinnentreffen in Lenggenwang im Ostallgäu.

Wer möchte kann am Freitag, 21.09.2012 anreisen.

Der Hauptteil findet am Samstag, 22.09.2012 ab 10.00 Uhr statt.

Ausklingen lassen wir unser Wochenende mit einem Ausflug am Sonntag.

In verschiedenen Workshops wollen wir unsere Gedanken austauschen und Zukunftsvisionen entwickeln. Sehr am Herzen liegt uns auch ein Wiedersehen mit Euch und geselliges Beisammensein.

Wer eine Übernachtungsmöglichkeit braucht, sollte sich bis zum 01.09.2012 anmelden, alle anderen bis 10.09.2012 bei: Waltraud Högner, Tel: 08364-8668, Fax: 08364-984216, mail: aw-hoegner@t-online.de

Politik praktisch!

Kleiner Aufwand, große Wirkung

So geschehen beim Info-Stand der AbL-Franken auf der Landesgartenschau in Bamberg: eine Biertischgarnitur, eine AbL-Fahne, ein AbL-Banner, etwas Schnur und Klebeband, viele Flyer und Infomaterialien und einige gute Bücher zum Thema zur Ansicht. Mehr braucht es nicht, um erfolgreich für die AbL vor großem Publikum zu werben und AbL-Themen unters Volk zu bringen. Außer einigen engagierten AbLern natürlich, die bereit sind, sich an einem Sonntagnachmittag bei schönstem Wetter einige Stunden für ihre Sache um die Ohren zu schlagen!

Erste Blicke in unsere Richtung zog die Kuh Faironika vom BDM-Stand nebenan auf sich, was viele Familien mit kleinen Kindern in unsere Nähe brachte. Vor allem die Gentechnik-Flyer (Umweltinstitut) und einige Verbraucher-Bücher (Taste the Waste, WamKat Kochbuch etc.) brachten dann dieses Klientel an unseren Tisch. Es wurde viel gefragt, diskutiert und Info-Material

mit nach Hause genommen. Aber nicht nur mit Verbrauchern kann man auf einer Gartenschau konfrontiert werden. Auch viele Bauern und Bäuerinnen kamen an den Stand, vor allem viele Austragler und natürlich gartenbegeisterte Bäuerinnen. Die meisten mussten erst einmal aufgeklärt werden, was die AbL ist und dass man auch Bauer sein kann, ohne Mitglied im Bauernverband zu sein, wenn man dessen Politik nicht mehr mittragen will. Natürlich gab es auch heiße Diskussionen mit überzeugten „Wachstumsbauern“, aber auch viel Zustimmung zu unseren Positionen. Von Vorteil für unseren Info-Stand war es, dass mehrere Personen unterschiedlichen Alters, Geschlechts und Temperaments dabei waren. So waren wir für alle Besucher gerüstet und konnten in Gesprächen viel erreichen. Sollte also jemand eine Gartenschau in seine Nähe bekommen: Nix wie hin und den AbL-Stand aufbauen!

AbL-Regionalgruppe Franken

Betriebsspiegel:

25 ha Grünland,
6 Hinterwälder-Kühe + Nachzucht,
18 Ziegen, derzeit noch Mastkälber,
Hofkäseerei im Bau

Seit zwei Wochen haben wir eine Vespa. Eine Bekannte meines Mannes hat sie uns überlassen. Sie wohnt in der Stadt und benutzt die Vespa fast nie, außerdem steht sie ihrem Nachbarn im Weg.

Ich habe geklagt, dass ich mit auswärts arbeitendem Mann, der dazu unser Auto benutzt, wochentags ganz schlecht vom Hof weg komme. Zum Brot kaufen, Milchproben wegbringen und so.

Mein einziges Fortbewegungsmittel außer dem Schlepper war dafür bislang mein Fahrrad. Bei 7 Kilometern in den nächsten Ort erst bergab und zurück folglich knackig wieder bergauf macht mir das Radfahren nicht so viel Spaß. Folge ist, dass es gegen Ende der Wo-

che ab und zu bloß noch Knäckebröt gibt.

Früher, als ich noch nicht im Südschwarzwald gelebt habe, bin ich mit dem Fahrrad zur Arbeit gefahren oder habe Car geshart. Das Auto wurde nur selten benutzt. Meine Öko-Ideale rücken hier, zumindest was die Fortbewegung angeht, zunehmend in die Ferne. Es geht ja nicht nur ums Einkaufen, manchmal braucht man auch ein bisschen Kultur und fährt die 25 Kilometer ins Kino oder mal jemanden besuchen oder ins Schwimmbad.

Wenn ich mein Öko-Gewissen ein bisschen beruhigen will, schaue ich statt auf ehemalige Ideale lieber auf die eingessene Dorfbewölkerung.

Bei unseren Nachbarn zum Beispiel haben drei erwachsene Menschen drei Autos (ok, der Mercedes wird nur für Familienfeiern oder Urlaubsfahrten benutzt), für die Kinder gibt's ein Kinder-

Motorrad und einen Rasenmäher-Traktor.

Wochenends, wenn vor dem Haus auf der Landstraße die Motorräder vorbei pfeifen, geht dahinter auf dem Feldweg die Quad gegen Sitzrasenmäher-Rallye ab. Oder der Mini-Motorrad-Trip über frisch gemähte Wiesen.

Wochentags brummeln die schon 16-jährigen Dorfkinder mit dem Mofa zur Schule. Damit fahren sie zwar langsamer als der Schulbus, können aber trotzdem später aufstehen, weil sie sich die Abstecher in diverse weitere Dörfer sparen.

Der Schulbus ist übrigens das einzige ÖPNV-Mittel innerhalb des schon erwähnten 7 Kilometer-Radius. Ich habe allerdings noch nicht ausprobiert, ob der mich mitnehmen würde.

Nun haben wir also auch einen „Zweitwagen“. Die Vespa ist grün und ca. 20

Jahre alt. Bislang hält mich bloß ein Problem von der neuen großen Freiheit ab: Ich kann nicht auf ihr fahren.

Arglos hatte ich mich nach Lesen der Gebrauchsanleitung und klugen Tipps meines Mannes, der vor ca. 15 Jahren auf eben dieser Vespa schon mal ein paar Runden gedreht hat, das erste Mal draufgesetzt. Benzinhahn auf, Choke ziehen, Gang raus, Kickstart, Gang rein, Kupplung kommen lassen, Gas geben. Alles klar, in der Theorie. Ich bin dann mit einem schicken Satz losgaloppiert, knapp an der Gartenmauer vorbei, vom Gatten ganz kurz vor der Tennentür des Nachbarn abgebremst. Das hat mich derart eingeschüchtert, dass die Vespa erstmal wieder in den Schopf wanderte. Seitdem blicke ich mit anderen Augen auf die Nachbarkinder auf ihren Motorradchen. Nicht mehr bloß genervt, sondern bewundernd. Wie toll die mit ihren kurzen Armen und Beinchen damit rumheizen können, sogar bergab und wo's uneben ist.

Letztes Wochenende war ein Freund zu Besuch, ehemals Motorradfahrer und Altenpfleger. Also kundig, geduldig und mit starker Hand. Zudem waren die Nachbarn im Urlaub, also keine kichernden Kinder zu befürchten. Optimale Voraussetzungen für eine Übungsstunde im ersten Gang. Das klappt jetzt einigermaßen.

Jetzt steht die Vespa wieder im Schopf, vielleicht kann ich während des Halbfinal-Spiels der deutschen Fußballer ja ein bisschen auf der Landstraße üben.

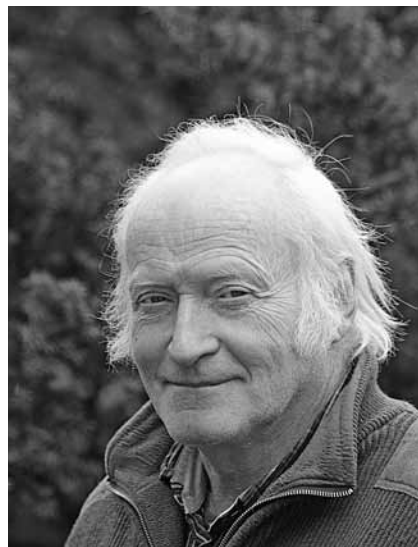
Elke Dagenbach

Der Rock n' Roller

Bambi darf nicht sterben“, so ist eine Notiz in der *Süddeutschen Zeitung* vom 31. Mai überschrieben. Mit 2,5 Mill. Euro will das Bundeslandwirtschaftsministerium ein Projekt des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt fördern, das das Ziel hat, die Tötung oder Verstümmelung von Rehkitzen durch Mähwerke zu verhindern. Tatsächlich kennt wohl jeder Grünlandbauer das Problem. Die Mähwerke sind für die Rehkitze und unendlich viele andere Lebewesen tödlich. Wird der Kadaver nicht bemerkt (und holt ihn nicht der Fuchs), so kann er in die Silage gelangen mit schlimmen Folgen für die Kühe (Klassischer Botulismus; Chronischer Botulismus). Wird das Rehkitz „nur“ verletzt und der Landwirt sieht es, so muss er es töten. Wer es einmal erlebt hat, wird nur mit einigem Schaudern davon sprechen.

Die Lösung des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt hat natürlich einen high-tech-Charakter. Ein Fluggerät („Oktokopter“) genannt, soll mit Hilfe einer Wärmebildkamera das Rehkitz erfassen und den Ort, an dem es liegt, identifizieren. Mit Hilfe eines Chips soll dann ein Piepton ausgelöst werden, der den Landwirt warnt, wenn er bzw. Schlepper und Mähwerk(e) sich dem Kitz nähern. Die Fluggeräte sollen pro Stück schätzungsweise 30.000 Euro kosten.

Ja, es ist ein reales Problem. Aber ist „Drohne“ mit Wärmebildkamera die Lösung? Ist es vorstellbar, dass viele hunderttausend Hektar Grünland vor jeder Schnittnutzung überflogen und



Oktokopter oder alte Reuter?

die Kitz identifiziert werden? Vor allem: wie will man den Ricken beibringen, dass sie nach Identifizierung durch die Drohne ihre Kitz nicht an einer etwas anderen Stelle in der gleichen Wiese ablegen?

Im eigenen Betrieb gehe ich seit vielen Jahren und mit gutem Erfolg folgendermaßen vor: Am Abend vor der Mahd werden Dreiböcke (ehemalige Reuter) über die zu mähende Fläche verteilt (ca. pro halbem Hektar ein Dreibock; es muss direkt der Tag vor der Mahd sein, sonst gewöhnen sich die Ricken). An dem Dreibock wird eine blinkende kleine Taschenlampe befestigt, wie man sie in jedem Supermarkt (auf jeden Fall aber in einem

Fahrradgeschäft) findet. Aus ist die Maus: Die Ricke bemerkt die Störung und bringt ihr Kitz (ihre Kitz) auf eine entfernte Fläche, wo es nicht die Nacht durch „blinkt“. Seitdem ich das mache, habe ich keine ausgemähten Kitz mehr, auch dort nicht, wo regelmäßig Rehe ihren Nachwuchs großziehen. Einschränkend ist wohl zu vermuten, dass solch eine kleinteilige Lösung nur dann wirksam sein kann, wenn nicht im Tag- und Nachteinsatz von hintereinander gestaffelten Mähgeschwadern ganze Gemarkungen innerhalb weniger Stunden gemäht werden. Aber ob da der „Oktokopter“ hilft? Der Nachteil der „blinkenden Dreiböcke“ ist sicher auch, dass sie (so

gut wie) nichts kosten. Es entsteht kein neuer Markt und Fördermittel durch das Ministerium gibt es wohl auch nicht. Aber den Rehen und den Bauern hilft's.

Onno Poppinga

Betriebsspiegel:

gelegen in Nordhessen
8 ha Grünland
10 Pferde, 4 Katzen

Farm Aid 2012

Der Sänger und Songwriter Jack Johnson gehört zu den internationalen Stars des Musikfestivals Farm Aid 2012 zu Gunsten der bäuerlichen Landwirtschaft in den USA. Das Benefiz-Konzert findet am 22. September im Hersheypark Stadion in Pennsylvania statt. Seit seiner Gründung hat Farm Aid mit Unterstützung namhafter Musiker, die jedes Jahr unentgeltlich auftreten, mehr als 40 Millionen Dollar für die Förderung der bäuerlichen Familienbetriebe eingenommen. Das Geld kommt unmittelbar den Farmern, der Good Food-Bewegung und Aktionen gegen die industrielle Landwirtschaft zugute. Die industrielle Landwirtschaft sehen Viele als Mitverursacher von Entwicklungen wie der dramatischen Dürre im Mittleren Westen der USA. „Wir haben eine starke Bauernbewegung aufgebaut“, so Willie Nelson, Präsident von Farm Aid und Country-Musiker, „auf diese Weise wollen wir das von der Wall Street kontrollierte Landwirtschafts- und Nahrungsmittelsystem aushebeln.“ Der 79jährige Nelson gehört ebenso zu den Stars des Festivals wie seine Musikkollegen John Mellencamp, Neil Young und Dave Matthews. Neben der Musik bietet das Festival dem Publikum die Gelegenheit zur Begegnung mit Farmern. *mar*

Negative Energien

Die Luft wird dünner. Zwar hat die Gesellschaft für Konsumforschung gerade erst wieder ermittelt, dass die Ablehnung der Atomkraft als Beitrag zur Energieerzeugung in der Bevölkerung in Deutschland ungebrochen hoch ist (80 %), die Bereitschaft, erhöhte Kosten für den nötigen Umbau der Energieversorgung mitzutragen und bauliche Veränderungen wie neue Stromtrassen oder Windräder in ihrer unmittelbaren Umgebung zu tolerieren, nimmt aber ab. Einen nicht unerheblichen Anteil hat die von der Energieindustrie forcierte Debatte um Strompreiserhöhungen und Energieverwendungskosten. Dabei gibt es verschiedene aktuelle Studien u. a. von Greenpeace Energy dazu, dass bei einer realen Umlegung der entstehenden Kosten die erneuerbaren Energiequellen nicht teurer sind als die fossilen. Der Industrie hilft natürlich auch die aufbrandende Welternährungsdebatte zum Bio-Ethanol, dessen Produktion von Umweltschützern schon immer als uneffizient kritisiert wurde. Im Sinne der Konzerne belastet sie nun die gesamte Bioenergie-Diskussion. *cs*

Clearfield Raps ohne Erfolgsaussichten

Ein neues Rapsanbausystem soll auf den Markt. Das Clearfieldsystem beschreibt den Einsatz von neuen Hybridsorten, die auf konventionellem Wege gezüchtet wurden und resistent gegen den Herbizidwirkstoff Imazamox sind. Das soll den Vorteil bringen, dass Unkräuter, welche bisher nur schwer zu bekämpfen waren, mit diesem Wirkstoff gehemmt werden können, ohne dass der Raps geschädigt wird. Jedoch stehen nach Ansicht der Landwirtschaftskammer Niedersachsen gleich mehrere Nachteile dem Einsatz von Clearfield Raps gegenüber. So wird eine unerwünschte Verbreitung dieser Sorten über Mähdrescher, Transportwege und Auskreuzung nicht zu verhindern sein. Hier gibt es bisher keine Anbau- und Koexistenz-Regelungen. Desweiteren ist die Bekämpfung von Ausfallraps problematisch, weil auch in Getreide, Mais, Rüben und Kartoffeln ähnliche ALS-Hemmer wie Imazamox eingesetzt werden. Durch den hohen Einsatz von ALS-Hemmern erhöht sich der Selektionsdruck in der Fruchtfolge und es können sich Resistenzen auch in anderen Pflanzen entwickeln. Einer der entscheidenden Nachteile für die Bauern dürfte aber die geringere Ertragsleistung von Clearfield gegenüber normalem Raps sein. *jm*

SPD-Minister gegen Landwirte

Baden-Württembergs Finanzminister Nils Schmid (SPD) hat mit einer Bemerkung zum Vorrang der Bildungsfinanzierung vor Landwirtschafts- und Tourismusförderung Empörung ausgelöst. Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) wandte sich daraufhin gegen ein Auspielen der Bildung gegen die Landwirtschaft. Schmid hatte in den *Stuttgarter Nachrichten* gesagt: „Bildung und Betreuung sind wichtiger als die Frage, ob es einen Bauern mehr oder weniger gibt.“ Die allermeisten Baden-Württemberger lebten in oder nahe Städten und hätten andere Sorgen als die Landwirtschaft, sagte der SPD-Landeschef. „Dann wächst im Schwarzwald halt mal ein Tal zu.“ *pm*

Kurzes am Rande

Unser „Herr“ ist er nicht!

Die Süddeutsche Zeitung würdigt den neuen DBV-Präsidenten – eine Antwort

Pünktlich zum Amtsantritt von Joachim Rukwied als neuer Präsident des Deutschen Bauernverbands war in der *Süddeutschen Zeitung* ein Artikel über ihn mit dem Titel „Herr der Bauern“ zu lesen. Darin wird Rukwied als „ein Mann mit gewinnendem Lächeln beschrieben, Typ Manager, den man sich nur schwer auf dem Traktor vorstellen kann“. Rukwied habe an der Fachhochschule Nürtingen Landwirtschaft mit Schwerpunkt Betriebswirtschaft studiert und „plädiert für eine intensive und weltmarktorientierte Landwirtschaft“. Er sehe sich „so gar nicht als Verfechter der ökologischen Landwirtschaft“ und betont, dass „Ökoromantik und Blümchenwiesen so gar nicht seins“ seien. Gegen die 7 Prozent ökologische Vorrangflächen „will er sich mit aller Macht stemmen und kann dabei auf die Unterstützung von Agrarministerin Aigner zählen“.

Widerspruch!

Wir sind zwar Bauern, aber weder war Sonnleitner, noch ist Rukwied unser „Herr“. Ganz im Gegenteil. Der Bauernverband behauptet zwar, in Bayern 158.000 bayerische Bauernfamilien zu vertreten – bei derzeit noch ca. 96.000 Betrieben in Bayern ein mathematisches Meisterwerk – doch wir gehören nicht dazu, und das ganz bewusst. Wir halten nichts vom Motto „Wachsen oder Weichen“. Der Erhalt der bäuerlichen Betriebe, nicht nur in Bayern, ist viel wichtiger, als es dem Großteil der Bevölkerung und leider auch den meisten Politikern bewusst ist. Von der regionalen Lebensmittelversorgung bis hin zum Erhalt der ländlichen Räume, der Arbeitsplätze, der Wirtschaftskraft, der Landschaft: Es ist die kleinstrukturierte Landwirtschaft, die das Leben auf den Dörfern aufrechterhält. Rukwied dagegen plädiert ausschließlich für eine intensive und weltmarkt- und technikorientierte Landwirtschaft. Alles Andere ist für ihn „marktfeindliche Romantik“. Aber wir wissen, dass der massenhafte Import von

Futtermitteln aus Entwicklungsländern nichts mit Arbeitsteilung zu tun hat, wie Rukwied das gerne nennt, sondern moderner Landraub ist, der unsere Berufskollegen in Ländern wie Paraguay, Brasilien oder Argentinien ihrer Lebensgrundlage beraubt.

Bodenkultur

Wir Bauern sind es, die das Augenmerk auf den ältesten Generationenvertrag der Menschheit haben: den Kindern einen fruchtbaren Boden hinterlassen, um auch in der Zukunft die Erzeugung von Lebensmitteln sicherzustellen. Vielleicht hätte er in seinem Studium doch ein bisschen mehr das Fach Bodenkultur, Humusaufbau und Bodenfruchtbarkeit belegen sollen und dafür ein bisschen weniger Betriebswirtschaft, dann wüsste er auch, dass Blumenwiesen nichts mit Ökoromantik zu tun haben, sondern die durch Bienen- und Hummelbestäubung entstehenden Kreuzhefen für die Tiergesundheit sehr wichtig sind. Außerdem ist der Beitrag der Insektenbestäubung zu Humusaufbau und Bodenfestigung unerlässlich. Die Bedeutung der Insekten für die Nahrungsmittelproduktion ist inzwischen eigentlich jedermann bekannt – außer vielleicht einzelnen, sich „herrlich“ dünkenden Verbandsfunktionären. Zur aktuellsten Aussage von Rukwied, Tank und Teller zu füllen, sei für die deutsche Landwirtschaft kein Problem, möchte man sich fragen, ob denn dieser Mann nicht weiss, dass die Europäische Landwirtschaft 35 Mio. ha Land außerhalb Europas in Form von Futtermittelimporten nutzt – das Doppelte der landwirtschaftlichen Nutzfläche Deutschlands. Angesichts dieser, wenigstens ungeschönten Zielsetzungen des neuen DBV-Präsidenten ist unser Einsatz für den Erhalt der bäuerlichen Landwirtschaft weiterhin unentbehrlich. Damit nehmen wir gleichzeitig auch unsere Verantwortung gegenüber unseren Mitmenschen weltweit wahr.

Anton und Gertraud Gafus, AbL-Bayern



Es gibt nur Einen.

Foto: Schwabenland/pixelio

Schweine-Überproduktion erfordert Maßnahmen

Kostendeckende Erzeugerpreise durch gesellschaftlich akzeptierten Mengenabbau

Unruhe und Verzweiflung unter den Schweinehaltern steigen, weil der Schweinepreis seit langer Zeit mit nur 1,60 Euro/kg und auch trotz aktueller 1,80 Euro/kg weit unter der Kostendeckung von 2 Euro/kg liegt. Auch die Ferkelerzeuger erzielen seit Jahren keine kostendeckenden Preise. Allein im letzten Jahr sind weitere 1.600 Schweinehalter ausgeschieden, im ersten Halbjahr 2012 noch einmal 800. Trotz alledem verharren vor allem die Bauernverbandsspitze weiter bei perspektivlosen Bitten an die Schlachtkonzerne – so etwa der Landesbauernverband Niedersachsen, dessen Präsident Hilse im Aufsichtsrat des Vion-Fleischkonzerns sitzt, mit seinem „Appell an Schlacht- und Verarbeitungsunternehmen sowie den Lebensmittel Einzelhandel, alle Reserven zu mobilisieren, um das Preisniveau den aktuellen Kostenstrukturen anzupassen“.

Futterpreise und Weltmarkt

Die Ursache der seit Jahren nicht mehr kostendeckenden Erzeugerpreise für Ferkel und Mastschweine liegt in einer massiven Überproduktion. Der Selbstversorgungsgrad von Schweinefleisch ist seit 2010 von 110 auf nunmehr 120 % angestiegen. Diese Überschüsse werden von den Schlachtkonzernen systematisch angeheizt, um sie auf dem „Weltmarkt“, vor allem in Russland und China, zu Billigpreisen abzusetzen. Eine solche Überschuss-Erzeugung nützt allenfalls den Umsätzen der Fleischkonzerne und den daran gekoppelten Gehältern von Managern, drückt aber angesichts einer stagnierenden Nachfrage dauerhaft die Erzeugerpreise der Landwirte. Verschärft wird die Krise nicht nur durch explodierende Preise für importierte Soja-Futtermittel und hohe Getreidepreise, sondern auch durch die wachsende Konkurrenz brasilianischer und US-Fleischkonzerne. Zu deutschen Preisen produzieren und zu brasilianischen Billigpreisen auf dem Weltmarkt verkaufen – diese Rechnung kann nicht aufgehen. Bei den in Brasilien und den USA herrschenden Umwelt-, Sozial- und Klimabedingungen lässt sich Schweinefleisch um ein Drittel billiger als in Europa erzeugen. Zudem baut Russland mit Hilfe ausländischer Konzerne seine eigene Schweineproduktion rasch aus und wird in wenigen Jahren selbst Schweinefleisch exportieren. Auch China strebt die Selbstversorgung an und kauft in großem Umfang den Sojaparkt leer.

Konzernabhängigkeit

Wenn in dieser Situation weiter eine Flut großer Schweineanlagen gebaut wird, dann liegt das einerseits daran, dass viele Verbandspolitiker und Investoren diese strukturelle Krise immer noch als vorüber-

gehende Schwächeperiode betrachten, und andererseits daran, dass agrarindustrielle Investoren und Futtermittelkonzerne weitere Agrarfabriken mit Tausenden von Sauen und Zehntausenden von Mastschweinen aufbauten. Wenn jetzt nicht gehandelt wird, dann beherrschen in wenigen Jahren Konzerne auch die Schweinehaltung – wie jetzt schon in der Geflügelbranche.



Es könnte alles so schön sein...

Foto: Rudi/pixelio

Die niederländischen und belgischen Schweinehalterverbände setzen sich in dieser Lage klar für die Interessen ihrer Mitglieder ein – auch gegenüber genossenschaftlichen Schlachtunternehmen. Im Gegensatz dazu verfolgt der Deutsche Bauernverband weiter seine schädliche Partnerschaftsideologie von einer gemeinsamen „Wertschöpfungskette“ mit den Fleischkonzernen. Die vier größten Fleischkonzerne (Tönnies, VION, Westfleisch, D&S-DanishCrown) haben bereits 60 Prozent Marktanteil. Sie nutzen aktuell die Überschusssituation und ihre Marktmacht aus, indem sie – entgegen den mit den Mästern vereinbarten Preisregelungen – Schweine zu niedrigeren „Hauspreisen“ aufkaufen oder die Zahlungsziele verlängern. Die AbL forderte den Bauernverband und die Schweinehalterverbände ISN und DGS dazu auf, sich an der erzeugerorientierten Interessenvertretung und den Forderungen der niederländischen und belgischen Schweinehalter nach Maßnahmen zur Verringerung der Überschussproduktion zu orientieren.

Agrarfabriken-Verbot und Tierschutz

Aktuell bestehen nach Einschätzung der AbL hierfür wichtige Möglichkeiten: Die anstehende Novellierung des Bundesbaue-

setzes kann den weiteren Bau großer Schweineanlagen mit mehr als 1.500 Mast- und 560 Sauenplätzen bremsen oder sogar verhindern und damit auch die Überschussausweitung. Auch Umwelt- und Tierschutzforderungen wirken in diese Richtung: Der Tierschutzplan der niedersächsischen Landesregierung ist Ausdruck der Tatsache, dass die EU-Kommission nunmehr auf die Einhaltung ihrer Tierschutz-

Richtlinien drängt und diese im Rahmen der EU-Agrarreform zur Voraussetzung der Prämienzahlungen macht. Das Abschneiden der Schweineschwänze, um die haltungsbedingt gestressten Tiere am Schwänzebeißen zu hindern, ist zukünftig EU-weit nicht mehr möglich. Man wird den Tieren deshalb nicht nur mehr Platz, sondern auch Stroh und Auslauf geben müssen. Hierzu sind jetzt Umstellungs- und Förderungsprogramme nötig. Genau diese Forderungen nach einer artgerechten Tierhaltung auf „Bauernhöfen statt in Agrarfabriken“ werden von einer starken gesellschaftlichen Bewegung unterstützt. Diese sind nicht gegen Bauern gerichtet, sondern könnten und müssten jetzt von Bauern unterstützt und genutzt werden: Eine an Futterflächen gebundene, antibiotika-unabhängige Tierhaltung mit mehr Platz, Stroh und Auslauf für die Tiere senkt nicht nur europaweit die Überschüsse – diese Forderungen können nur Bauernhöfe und nicht Agrarfabriken ausfüllen. Die Spitzen des Bauernverbands und der Schweinehalterverbände sind laut AbL aufgerufen, die gesellschaftliche Bewegung „Bauernhöfe statt Agrarfabriken“ nicht weiter als Gegner zu bekämpfen, sondern die Interessen der Landwirte verstärkt in diese Bewegungen einzubringen. en

ZDS plus ISN?

Für Diskussionen sorgt die Ankündigung von Helmut Ehlen, dem Vorsitzenden des eher bauernverbandsnahen Zentralverbands der Deutschen Schweineproduktion (ZDS), über eine Zusammenarbeit oder Vereinigung mit der Konkurrenzorganisation ISN (Interessengemeinschaft der Schweinehalter Deutschlands, die ca. 12.000 der 25.000 deutschen Schweinehalter vertritt). Als entscheidend für den Sinn und die Wirksamkeit einer solchen Bündelung sehen viele Schweinehalter die Entscheidung über deren Ausrichtung: nämlich auf eine stärkere Unabhängigkeit von Schlachtunternehmen und eine konsequenter Ausrichtung auf die Interessen der Schweinehalter. Der Verband der holländischen Schweinehalter versucht seit längerem, die deutschen Kollegen davon und von seinem Modell einer erzeugerpreiswirksamen Mengenverringerung zu überzeugen. en

Preispolitik

Das Aktionsbündnis Bioschweinehalter Deutschland (ABD) fordert angesichts anhaltend hoher Erzeugerkosten (insbesondere Futterkosten bzw. Eiweißkomponenten) eine Preiserhöhung für Bioschweine von 3,20 auf durchschnittlich 3,40 €/kg Schlachtgewicht. Dies solle den Biomästern auch die Zahlung höherer Preise für Ferkel ermöglichen. Laut ABD suchen Verarbeiter und Vermarkter weiterhin Bioschweine. Für den Bau neuer und noch tierschutzgerechterer Ställe brauche man eine entsprechende Preispolitik. pm

Für eine ökologische und soziale Agrarreform radeln gerade Menschen im Rahmen des Good Food Marches durch ganz Europa. Währenddessen fürchten in den USA die Farmer in den Great Plains, der Kornkammer im Mittleren Westen, dass ihnen der fruchtbare Boden um die Ohren davon fliegt, weil ihn eine extreme Dürreperiode zu Staub verwandelt hat. Das ist schon einmal passiert vor achtzig Jahren, als eine kontinuierliche Nutzbarmachung die Prairie in grenzenlosen Acker verwandelt hatte. Danach baute man wieder zurück, terrassierte, pflanzte Hecken, wurde sicherer, dass so etwas nicht wieder passiert und rodete die Hecken und nivellierte die Terrassen wieder. Die Strukturen wurden noch größer. Erosionsgefährdende Monokulturen liefern sich mit dem Klimawandel die Schlacht um die Argumentationshöhe in Sachen Verantwortung für ökologische Verwüstungen. In Europa gibt es die Chance, es besser zu machen, gesteuert durch eine Politik, die ökologisch und sozial Wirkung zeigt. Die Pläne der EU-Kommission weisen in die richtige Richtung.



Grün mit unterschiedlichen Schattierungen

Greening, Staffelung und Obergrenzen in der Debatte

Eine ökologische und soziale EU-Agrarreform durchzusetzen, das hat sich Agrarkommissar Dacian Cioloș vorgenommen. Mit einem Greening, das ökologische Bedingungen an die Auszahlung der Direktzahlungen aus der 1. Säule knüpft und Zahlungsobergrenzen vorsieht, die nur über den Nachweis der Beschäftigung von Arbeitskräften aufgehoben werden können. Es gibt eine starke Agrarlobby, die großes Interesse daran hat, all das zu verhindern. Die Sorge, dass am Ende eine wirkungslose Reform herauskommt, ist bei den Bauern-, Naturschutz- und Verbraucherverbänden, unterschiedlich groß. So gibt es innerhalb der Bewegung Skeptiker, die das Greening bereits zum wirkungslosen Greenwashing verkommen sehen und sich deshalb auf die Stärkung der 2. Säule als Instrument einer Ökologisie-

rung festlegen. Für die Verbände des Ökologischen Landbaus spielt die 2. Säule eine größere Rolle als die 1. Säule. Der Anteil des Geldes aus Brüssel, der in die Betriebe des Ökolandbaus fließt, ist darin weit höher als in der 1. Säule. Die Motivation, sich auf die Stärkung der 2. Säule zu konzentrieren, ist also durchaus nachvollziehbar. Dies Vorgehen birgt allerdings die Gefahr, sich in der Argumentation kaum mehr von denen zu unterscheiden, die das Greening ablehnen, weil sie eben keinerlei Ökologisierung verbunden mit den Leistungen der 1. Säule aus Brüssel wollen. Allen voran hatte Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner (CSU) schon vor Monaten einen Vorschlag gemacht, für den sie gern die Unterstützung der Bioverbände gewonnen hätte: Das BMELV wollte 10 Prozent des Geldes der 1. Säule linear ge-

kürzt ohne Staffelung und Obergrenzen in die 2. Säule transferieren, um dort Agrarumweltmaßnahmen und Ökolandbau zu fördern. Das Greening in der 1. Säule wollte sie komplett streichen und trotzdem unter Ökogesichtspunkten punkten. Ähnlich agiert auch Agrarökonom Folkhard Isermeyer mit seinem von-Thünen-Institut in Braunschweig in einer neuen Bewertung der EU-Agrarreform. Er stellt das Greening als wirkungslos dar und tritt für die Stärkung der 2. Säule ein. Seine Interessenlage ist aber eine ganz andere als beispielsweise die des Ökologischen Landbaus. Isermeyer will in der 2. Säule eine gut ausgestattete Agrarinvestitionsförderung für konventionelle Wachstumsbetriebe.

Size matters

Eine bessere Ausstattung der 2. Säule lässt sich nur durch Kürzungen in der 1. Säule finanzieren, die nun nicht pauschal für Alle, sondern durch Staffelungen und Obergrenzen erreicht werden sollen. Damit hält eine soziale agrarstrukturelle Komponente Einzug in die EU-Agrarpolitik. Auch hieran sät die Lobby, besonders der ostdeutschen Großbetriebe. Aber: erstmals tragen in dem gesellschaftlichen Bündnis aus Bauern-, Naturschutz und Verbraucherorganisationen auch alle Bioverbände diese Forderung mit, offensiv nach außen vertreten sie sie weniger. „Wir stehen hinter der gemeinsamen Position, wenn wir uns auch naturgemäß immer etwas schwer tun, zwischen groß und klein Unterschiede zu ma-

chen“, sagt Bioland-Präsident Jan Plagge. Es gebe durchaus Befürchtungen, dass auch ökologisch wirtschaftende Betriebe trotz der Möglichkeit, die Arbeitskräfte in Ansatz zu bringen, aufgrund von strukturell organisatorischen Betriebsaufteilungen in die Situation gerieten, dass ihnen die Direktzahlungen gekürzt würden. Hinzu käme die Sorge Einiger, in die Ecke der Subventionsmaximierer gestellt zu werden. Die Debatte um Staffelung und Obergrenze und die Haltung der Verbände des Ökologischen Landbaus dazu gibt es schon länger. Auch hat der Bauernverband versucht, seinen Einfluss auf eine ablehnende Haltung hin geltend zu machen, indem er sich nicht scheut, Verbände gegeneinander auszuspielen. Denn man darf nicht verkennen: Betriebliches Wachstum spielt eben auch im Ökolandbau inzwischen eine erhebliche Rolle, außerdem finden sich in allen Verbänden längst auch große Betriebe, die natürlich um den Wert der Verbandsnamen für die Vermarktung ihrer Produkte wissen, aber auch um ihre verbandsinterne Bedeutung als Beitragszahler und Marktanteilsvermehrter. Auch wenn sie bislang nur wenige sind, so versuchen sie doch, einen Einfluss auf die agrarpolitischen Ausrichtungen der Verbände zu nehmen. Dabei spielt offenbar gar keine große Rolle, ob, aufgrund der angedachten Anrechnungsmöglichkeit von Arbeitskräften, die Betriebe überhaupt in die Situation kämen, dass ihnen Prämien gekürzt würden. Es geht darum, wo es hin geht. cs



Good Food March: Jetzt fahrn wir nach Brüssel!

Fotos: Meine Landwirtschaft

Größe egal, Hauptsache bio?

Welche Produktionsbedingungen sind für die Bioproduktionen zukünftig wichtig?

In den aktuellen Vorschlägen zur zukünftigen Ausrichtung der EU-Agrarreform steht das Greening, eine ökologisch verträglichere Landbewirtschaftung, an zentraler Stelle. Während sich vor allem der Bauernverband gegen strengere Anforderungen stemmt, hört man von Seiten der Bioverbände immer wieder die visionäre Forderung nach 100 Prozent Bio. Mitgetragen wird dieses Ziel von einer wachsenden Zahl von Verbrauchern. Der Bundesverband Ökologische Lebensmittelwirtschaft stellt für 2011 ein Umsatzwachstum von 9 Prozent gegenüber dem Vorjahr fest. Dabei steigen die Umsätze sowohl im Naturkostfachhandel, dem Lebensmittel Einzelhandel als auch in Bäckereien, Metzgereien und der Direktvermarktung.

Zu wenig Produktionsflächen

Die Verbraucher, so stellen Marktanalysen fest, legen Wert auf Regionalität, wenn darüber hinaus zu ökologischen Bedingungen produziert wird, steigert das das Vertrauen und die Nachfrage. Die kontinuierlich steigende Nachfrage nach Bioprodukten bietet Landwirten Chancen. Eine Studie zur Deckung der Nachfrage aus regionaler, ökologischer Produktion in Nordrhein-Westfalen stellt ein nicht gedecktes Nachfragepotenzial in allen bedeutenden Kulturen des ökologischen Landbaus fest. 32.000 Hektar zusätzliche Ackerfläche wären demnach zusätzlich nötig, um die Nachfrage aus regionalem Anbau zu decken. Auch im Bereich der tierischen Produktion besteht Potenzial. Vor allem in der Schweinehaltung sowie der Eierproduktion. Gedeckt ist der Bedarf hingegen beim Rindfleisch.

In Deutschland wurden im vergangenen Jahr 6,1 Prozent der landwirtschaftlichen Fläche von 7,1 Prozent der Betriebe ökologisch bewirtschaftet. Weit entfernt von dem in der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung formulierten Ziel von 20 Prozent Ökolandbau und noch viel weiter von der Vision 100. Kaum zu erreichen scheinen die beiden Vorgaben, wenn das Wachstum auf dem Niveau der letzten Jahre bleibt, in denen das jährliche Wachstum der ökologisch bewirtschafteten Fläche in Deutschland 0,2 bis 0,3 Prozent betrug.

Groß und rationell

Wenn es eine Nachfrage nach Produkten gibt, die von den Anbietern nicht gedeckt werden kann, scheint es nicht ungewöhnlich, dass neue Akteure einsteigen. Besondere Aufmerksamkeit

zogen dabei vor allem Betriebsstrukturen auf sich, die man von ihrer Organisationsstruktur, der Größe und den Produktionsmengen bis hin zum Rationalisierungsgrad eher mit konventionellen Großbetrieben vergleichen würde, als mit Biobetrieben. Durch schiere Größe besticht allen voran die KTG Agrar GmbH. 16.000 Hektar beträgt die nach EU-Ökoverordnung bewirtschaftete Fläche. Eine Ökokontrollnummer sucht man auf der Homepage der KTG Agrar allerdings vergebens. Erst längeres Suchen offenbart, dass es verschiedene weitere untergeordnete Unternehmen gibt. Diese haben jedes für sich eine Biokontrollnummer. Vertrieben werden die Produkte der KTG Agrar unter dem Namen BioFarmers. Die Herkunft der Ware wird bei BioFarmers nicht sichtbar. Regionalität spielt keine Rolle.

Bioeier: Alles öko?

Ganz ähnlich ist es beim Eierproduzenten Tiemann. Schwerpunkt des Unternehmens sind Legehennen. Verwunderung könnten die Tierzahlen des Unternehmers auslösen. Während im Biostall nur 3.000 Legehennen sein dürfen, kommt Tiemann auf Bestände mit 24.000 bis 30.000 Tieren, indem er seine Ställe in viele Abteile à 3.000 Tiere unterteilt. Fünf verschiedene Unternehmen sind im Internet auf der Homepage von BioC unter dem Namen Tiemann zu finden. BioC ist die zentrale Seite, auf der die Zertifikate fast aller ökologisch wirtschaftenden Betriebe zu finden sind. Vier der Unternehmen Tiemanns haben die gleiche Postanschrift in Bassum. Das fünfte Unternehmen unter Leitung seiner Frau ist in Bresegard und für die Produktion von Masthähnchen zertifiziert. Eigene Futterflächen sind nicht zertifiziert. Wie auch bei drei der vier anderen Unternehmen. Das muss nach den Bio-Richtlinien auch nicht sein. Das Futter kann aus einem ökologisch wirtschaftenden Kooperationsbetrieb stammen. Dringt man aber noch ein wenig tiefer in die tiemannsche Firmenverflechtung, tauchen die Namen der ganz großen Unternehmen der Eierbranche auf. So meldete die Heidegold-Gruppe, nach eigenen Angaben ein national operierendes und führendes Unternehmen der Eierbranche mit einem Jahresumsatz von über 100 Millionen Euro, bereits 2002: „Der Bio-Bereich wird durch die zur Unternehmensgruppe gehörende Firma Wiesengold Landei GmbH & Co. KG, Twistringen, unter der bewährten Geschäftsführung von Hein-

rich Tiemann abgedeckt. Ebenfalls neu in der Unternehmensgeschichte der Heidegold ist die Beteiligung der Deutsche Frühstücksei GmbH, Marktführer im konventionellen Bereich, die sich auf diese Art und Weise dem alternativen Markt öffnet.“

Undurchsichtige Strukturen

Für die Recherche ergeben sich so ganz neue Ansätze. Ökobetriebe in Twistringen, die Wiesengold Landei GmbH usw. Es wird immer undurchsichtiger. Für den ökologischen Landbau als Ganzes, der immer wieder mit der Nähe zum Kunden, der Transparenz, offenen Hof- und Stalltüren für sich wirbt, müssen solche Entwicklungen bedenklich sein. Das hat man auch in den Räumen des BÖLW schon lange erkannt. Dr. Alexander Gerber: „Wir beobachten eine zunehmende Diversifizierung innerhalb des ökologischen

Landbaus: Von bäuerlichen Betrieben, die regionale Strukturen fördern und die Nähe zum Kunden suchen bis hin zu großen Betrieben, die für den LEH produzieren.“

Die Probleme, die aus der Entwicklung solcher Strukturen entstehen, sind vielfältig. Im Rahmen der Biokontrolle ist die Firmenstruktur mit ihren Warenströmen allenfalls stichprobenartig zu erfassen. Die Betriebe sind, wie das Beispiel Tiemann zeigt, immer an Expansion der Tierzahlen interessiert und schrauben damit die Standards, die sich auch im Betreuungsschlüssel widerspiegeln, kontinuierlich nach unten.

Vor allem aber werden Verstöße in großen Strukturen immer große Wellen schlagen. Spätestens hier sitzen dann alle ökologisch wirtschaftenden Betriebe wieder in einem Boot und werden gemeinsam verurteilt. *mn*



Bei Sonnenschein am Kanal entlang zum nächsten Etappenziel.

Tiemanns Geflügelgeflecht

Wiesengold Landei GmbH & Co.KG und Wiesengold Landei GmbH in Twistringen (siehe Internetseite) – gehört der agrarindustriellen Deutsche Frühstücksei GmbH (Hauptegnager nach Brancheninsidern: Big-Dutchman-Eigner-Familie Meerpohl und Paul Schockemöhle)

Bio-Geflügelhof Müritz GmbH in 17248 Lärz: Produktion von Biogeflügel und Handel von Ökoprodukten sowie Beteiligung an anderen Unternehmen. Management laut Handelsregister (HR): Heinrich Tiemann aus Dimhausen 5 bei Bassum und Engelbert Klövekorn aus Cappeln, unter www.bio-mit-gesicht.de zum „Bio-Geflügelhof Neukrug“ heißt es: Die Bio-Geflügelhof Müritz GmbH führt an verschiedenen Standorten in der Müritz-Region Legehennenbetriebe nach Öko-Richtlinien; die frischen Bio-Eier „mit gesicht“ werden von der Eiervermarktung Wiesengold Landei GmbH & Co.KG verpackt und vermarktet“, Kontrolle auf EU-Öko_VO und Naturland-Richtlinien sowie KAT-Kontrolle

Andreas Bio-Geflügelhöfe GmbH in 19230 Bresegard (MVP), Betrieb und Errichten von Bio-Geflügelmastanlagen und Vertrieb von erzeugten Bio-Geflügelfleischprodukten. Management laut HR Andreas Tiemann aus Bassum und Cord Sagemann aus Dötlingen, Gesellschafter: Andreas Tiemann

- Markus Bio-Geflügelhöfe GmbH in Bresegard
- Bio-Hähnchenmast Bresegard GmbH in Bresegard
- Bio-Geflügelhof Krümmel GmbH in Lärz
- Bio-Geflügelhof Meyer GmbH, Lärz
- Bio-Geflügelhof Lärz GmbH in Lärz
- Bio-Geflügelhof Lärz-Havelkanal: „Die Bio-Geflügelhof Tiemann GmbH führt an versch. Standorten im Hunteltal (Nds.) und in der Müritz-Region (MVP) Legehennenbetriebe nach Öko-Richtlinien...“
- Bio-Geflügelhof Tiemann GmbH & Co.KG, Espelkamp gleiche Adresse: GW Bio-Geflügelhof GmbH Tiemanns BIO-Freilandhennen GmbH im nahen Stewede: Geflügelhof Ei GmbH & Co.KG

Käfigverbot nutzt Erzeugern

Die traditionelle Käfighaltung steht auch europaweit vor dem endgültigen Aus. Etwa 70 % der Eier in der EU stammen noch aus ausgestalteten Käfigen. In den deutschsprachigen Ländern gibt es bald nur noch Eier aus Boden- und Freilandhaltung. Auch die Differenz der Erzeugerpreise für Eier aus ausgestalteten Käfigen und Eiern aus Bodenhaltung spreizt sich zunehmend zu Gunsten der letzteren. Dies ergab eine Marktanalyse der *AgrarZeitung*. Die Preise für Eier aus Boden- und Freilandhaltung werden demnach weiter steigen. Grund dafür ist auch die Tatsache, dass die bis jetzt laufenden Kontrakte noch unter dem preisdrückenden Eindruck der Dioxin-Krise 2011 abgeschlossen wurden, während jetzt eine bessere Verhandlungsposition der Erzeuger existiere. Dazu trage der erfolgreiche Druck des Lebensmittelhandels und von Tierschutzorganisationen auf die weiterverarbeitende Lebensmittelindustrie zur Verwendung von Nicht-Käfig-Eiern bei. Probleme sieht die Agrarzeitung durch die seit einem Jahr von 22 auf 30 Euro/dt gestiegenen Futterkosten, die im wesentlichen auf den preislich um 60 % gestiegenen Sojaanteil zurückzuführen seien. *en*

Kälbermast „nicht annähernd artgerecht“

Es geht ums Prinzip, wenn im nordrhein-westfälischen Delbrück ein Kreisveterinär es wagt, gegen einen Kälbermäster vorzugehen. Mit der Begründung, seine Haltung von 600 Kälbern in Spaltenbodenboxen aus Bongossiholz sein „nicht annähernd artgerecht“, den Tieren stünde kein trittsicherer Untergrund wie auch kein trockener Liegebereich entsprechend der EU-Verordnung zur Verfügung, hat er ihm per Ordnungsverfügung den Weiterbetrieb untersagt. Der betroffene Lohnmäster für einen holländischen Schlachtkonzern hat dagegen vor dem Verwaltungsgericht geklagt. Er beruft sich auch auf die geltenden Verordnungen, die er einhält und nach denen sein Stall, als er ihn gebaut hat, genehmigt worden ist. Mit dieser Argumentation ist er nicht allein, auch der Bundesverband deutscher Kälbermäster sieht die Sachlage so. Und Bernhard Schindwein, Referent des Bauernverbands wird mit dem Satz zitiert: „Im Augenblick geht in der Kälbermast an den Bongossi-Spaltenböden noch kein Weg vorbei.“ Diese widerstehen zwar den aggressiven Kälberexkrementen, werden aber gleichzeitig extrem rutschig. Die Tiere können sich schlecht auf den Beinen halten und erleiden häufig Verletzungen oder Deformationen. Hinzu kommt die zweifelhafte Unterbringung ohne Kontakt zu Artgenossen (geschweige denn den Müttern). *cs*

Plastik vom Acker?

Bio-Plastik aus brasilianischem Zuckerrohr-Ethanol oder aus anderen nachwachsenden Rohstoffen wie Maisstärke findet man mittlerweile in den Einkaufstüten mancher Handelskonzerne oder einigen Joghurtbechern. Wegen der Umweltfreundlichkeit muss man genauer hinsehen: Die „Kompostierbarkeit“ funktioniert nicht auf dem heimischen Kompost, sondern nur in genau eingestellten Kompostier-Anlagen, weshalb die Abfälle meistens genau so verbrannt werden wie andere Kunststoffe. Dies gilt auch für Mulchfolien. Bei der Ökobilanz sind laut *Süddeutscher Zeitung* auch die Transport-, Pestizid-, Düngungs- und Sprit-Aufwendungen zu bedenken und die Verdrängung von Anbauflächen für Lebensmittel. *pm*

Mutiger Journalismus gegen Agrarindustrie

Den Bayerischen Fernsehpreis 2012 erhielten Monika Anthes und Edgar Verheyen für ihre Dokumentation „Das System Wiesenhof“ (ARD Exklusiv ARD/SWAR). In der Begründung der Jury heißt es: „Mit ihrer Reportage ‚Das System Wiesenhof‘ aus der Reihe *ARD exklusiv* haben Monika Anthes und Edgar Verheyen für großes und bitteres Aufsehen, für Empörung und für eine anhaltende öffentliche Diskussion gesorgt. Mit Hartnäckigkeit und Akribie sind die beiden Autoren den erschreckenden und abstoßenden Wirklichkeiten in der Massentierhaltung bei Geflügel nachgegangen. Abschottungsmaßnahmen konnten nicht verhindern, dass Bilder von einer Grausamkeit entstanden, die sich der Zuschauer vorher kaum hatte vorstellen können. Selten hat ein Fernsehbericht unmittelbare Folgen. Beim ‚System Wiesenhof‘ war es so: Nach der Ausstrahlung begann eine intensive Debatte über die Massentierhaltung in Deutschland, Handelskonzerne entschlossen sich, Produkte des durchleuchteten Unternehmens nicht mehr anzubieten.“ *pm*

Kurzes am Rande

Vielfalt mit Zwiespalt

Eine gute, neue Saatgut-Gesetzgebung ist nötig

Man könnte meinen, es sei ganz großes Kino gewesen, was sich da am Europäischen Gerichtshof (EUGH) abgespielt hat, so bewegt berichteten die Medien. Nicht nur der plakative Sieg Davids gegen Goliath wurde bemüht, sondern – offenbar berauscht von einem allgemeinen gesellschaftlichen Wunsch nach einer Gegenoffensive zur Industrialisierung in der Landwirtschaft – auch der Erhalt der Würde der Bauern. Dabei ist das Urteil, das der EUGH im Juli im Fall Kokopelli gefällt hat, zwiespältig. Die Hoffnungen der beklagten Saatgutinitiative und ihrer Berufskollegen auch in Deutschland auf eine gänzliche Befreiung des Handels mit sogenanntem Erhaltungssaatgut, die durch den entsprechend formulierten Schlussantrag der Generalanwältin Juliane Kokott entstanden waren, wurden enttäuscht. Das Gericht zog sich auf die Bestätigung der vorhandenen rechtlichen Situation zurück. Das bedeutet, dass es im normalen Sortenrecht strenge Auflagen und ein teures Zulassungsverfahren gibt, die es Erhalten alter Sorten oder Züchtungsinitiativen von bäuerlichem oder ökologischem Saatgut unmöglich machen, ihre Erzeugnisse offiziell handeln zu dürfen. Gleichzeitig gibt es aber auch die Ausnahmeregelung dazu – und auch ihre Berechtigung bestätigt der EUGH nun –, nach der diese Sorten vereinfacht, aber auch nur in begrenztem Umfang zugelassen werden können.

Halbvoll oder halbleer

Kokopelli war von einem großen Gemüsezüchter auf Schadensersatz verklagt worden, weil sie gänzlich ohne Zulassung Saatgut verkauft hatten, das zuständige Gericht in Nancy hatte den Fall dem EUGH vorgelegt und muss nun entscheiden, was es mit der Antwort macht. Die eher vorsichtige Entscheidung als Sieg der Bauern über die Saatgut-Konzerne zu feiern, ist sicher ebenso wenig angemessen, wie von einer Katastrophe zu sprechen. Die Situation bleibt vorerst wie sie ist: Bäuerliche Erzeuger von Saatgut, kleine Züchter, Erhaltungsinitiativen können sich Sorten gegen eine Gebühr zulassen lassen und dürfen regional und mengenmäßig begrenzt damit handeln. Wie hoch diese Hürden sind und wie scharf sie kontrolliert werden, liegt auch in der nationalen Umsetzung und wird auch dann von den jeweiligen Beteiligten unterschiedlich bewertet. Hermann Freudenstein, Referatsleiter beim Bundessortenamt und somit für die deutsche Situation zuständig, sieht in der Tatsache, dass in Frankreich viel weniger Zulassungen beantragt wurden als in Deutschland durchaus ein Indiz, dass die dortige Regelung eine Vielfalt durch alte Sorten eher behindert als bei uns. Er nimmt für das Bundessortenamt in Anspruch, die Anforderungen so niedrig-

schwellig gehalten zu haben, wie es die EU-Vorgaben nur hergeben, und kritisiert die Mengenbegrenzung als „absurd.“ „Entweder gibt es einen Markt für eine Sorte, dann muss auch ein kleiner Züchter genauso das Recht haben, diese Nachfrage zu bedienen, wie die Saatgut-Industrie das für ihre Sorten darf.“ Da habe es die entsprechende Lobby geschafft, aus Angst vor lästiger Konkurrenz jene Mengen- und Regionenbegrenzung in die EU-Richtlinie zu drücken, so Freudenstein. Die Handschrift der European Seed Association (ESA) wird da ebenso deutlich wie in der Urteilsbegründung des EUGH, der „die Bildung eines Parallelmarkts für dieses Saatgut zu verhindern“ sucht. Als ob eine Handvoll Bauern, Bäuerinnen und Erhaltungszüchter tatsächlich den globalen Saatgutmarkt durch einen Parallelmarkt gefährden würden... Die ESA hatte jedenfalls wortreich und offensichtlich nicht ohne Erfolg schriftlich versucht, auf den EUGH Einfluss zu nehmen.

Neuregelung

„Vielleicht hätten wir den Richtern auch noch mal schreiben sollen“, sagt Andreas Riekeberg, der als Mitarbeiter der Saatgutinitiative für die Bewegung des bäuerlichen Saatguts streitet. Natürlich wäre es „nett gewesen, wenn der EUGH der Generalanwältin gefolgt“ wäre, so Riekeberg, nun habe das Gericht auf die Argumente der Saatgutindustrie gehört. Andererseits gebe es auch Stimmen, die sagten, die Generalanwältin habe es der ESA leicht gemacht, weil sie ihr Argument des Verlustes der Biodiversität nicht begründet habe. Dabei lässt sich natürlich nachweisen, dass durch eine Freiheit der alten Sorten Vielfalt auf dem Acker erhalten wird. Darum geht es auch zukünftig und konkret in der derzeit laufenden Revision der europäischen Saatgut-Gesetzgebung. Andreas Riekeberg blickt deshalb nach vorne und sieht als wichtigste Aufgabe, die EU-Parlamentarier, die wahrscheinlich ab dem nächsten Frühjahr in den Gesetzgebungsprozess eingebunden werden, zu informieren und von der Wichtigkeit einer praxisnahen, das heißt weniger reglementierten Regelung zu überzeugen. Auch BSA-Mann Freudenstein sieht den derzeit in Brüssel laufenden Prozess als „Chance“ für sinnvolle Veränderungen, zum Beispiel das Ende der absurden Mengen- und Regionenbegrenzung. Vielleicht wird mit einer soliden, rechtlichen Neuregelung dann nachgeholt, was die Medien jetzt schon entsprechend pathetisch bejubelten und damit vielleicht eine Öffentlichkeit schafften, die dem Prozess dienlich ist: der Sieg für die Vielfalt, ein guter Tag für die Landwirtschaft und die Rückbesinnung auf die Würde der Bauern. *cs*

Wo ist das Problem?

Bundeslandwirtschaftsministerium sieht keinen Handlungsbedarf bei Saatgutmangel

Das Getreide ist für dieses Jahr gemäht, egal ob es aus Z-Saatgut, Nachbau oder illegal angebauter Konsumware vom Nachbarn oder vom Landhändler erwachsen ist. Trotz der schwierigen Situation, in der viele Bäuerinnen und Bauern im Frühjahr steckten, weil der Acker abgefroren und legaler Ersatz nicht zu haben war, sieht das Bundeslandwirtschaftsministerium keinen Handlungsbedarf, was die Frage

angeht, ob es Ausnahmeregelungen für eine legale Aussaat von Konsumware geben sollte. Das sei nicht vereinbar mit dem internationalen UPOV-Abkommen zum Schutz von Pflanzenzüchtungen, so die Antwort des Staatssekretär im BMELV Peter Bleser (CDU) auf eine Anfrage in diese Richtung von der SPD-Bundestagsabgeordneten Elvira Drobinski-Weiß. Außerdem verweisen er wie auch sein Amtskollege Robert Kloos

(CDU) unisono darauf, dass die Züchter doch auf die Notlage der Bauern und Bäuerinnen reagiert und mit dem deutschen Bauernverband eine Regelung ausgearbeitet hätten, die ja schließlich sogar die Schadensersatzansprüche der Züchter reduzierten. Alles schön also, und noch lässt die Klagewelle der Pflanzenzüchter, die Bauern oder Genossenschaften vor die Gerichte ziehen, auf sich warten. cs



Wird hier illegal gesätes Konsumgetreide gedroschen?

Foto: Sturm/pixelio

Neue bäuerliche Kartoffeln

Zwei neue Kartoffelsorten – Violetta und Rote Emmalie – hat Bio-Kartoffelzüchter Karsten Ellenberg in Schottland auf den Weg nach Europa bringen lassen. Unter den besonders guten natürlichen Standortbedingungen dort vermehrt, sind sie zunächst nun für das nationale Sortenregister zugelassen, die EU-Zulassung folgt. Die lila- bzw. rotfleischigen Sorten enthalten natürlicherweise besonders viele Anthocyane, gesundheitsfördernde Pflanzenfarbstoffe. So leistet Ellenberg nicht nur einen Beitrag zur bäuerlichen Pflanzenzüchtung und dem Erhalt der Kulturpflanzenvielfalt. Er poliert auch das angeschlagene Image der Kartoffel als ungesunder Dickmacher auf. cs

Im Zweifel gegen die Bauern

EUGH urteilt zu Gunsten der Züchter, aber mit wenig Tiefenschärfe

Diesmal ließ der Europäische Gerichtshof (EUGH) den Bäuerinnen und Bauern den Wind in Sachen Nachbaugebühren ins Gesicht wehen. Bislang urteilte er eher zu ihren Gunsten und gegen zu starke Ansprüche der Pflanzenzüchter und ihrer Gebühreneinzugsorganisation, der Saatgut-Treuhandverwaltungs GmbH (STV). Nun entschied er, dass die Pflanzenzüchter Schadensersatz geltend machen können, wenn Bauern und Bäuerinnen aufgrund von fehlenden oder falschen Angaben bezüglich ihres Nachbaus zunächst weniger Nachbaugebühren zahlen, als den Züchtern zustehen würden. Der Fall ist schnell erzählt: Ein größerer landwirtschaftlicher Betrieb hatte unterschiedliche Kartoffelsorten nachgebaut und darüber nur unvollständige Angaben bei der STV gemacht. Bei einer Betriebskontrolle durch die STV stellten die Kontrolleure Mengendifferenzen fest. Die STV forderte nun

nicht nur die ihr entgangene Nachbaugebühr, sondern als Schadensersatz die komplette Z-Lizenz der entsprechenden Sorten. Die beiden Bauern, zwei Brüder, zahlten nur die Hälfte der eingeforderten Summe. Denn schließlich ist in der EU-Rechtsgrundlage zur Nachbaugebührenregelung die maximale Nachbaugebührenhöhe mit 50 Prozent festgelegt. Daraufhin verklagte die STV sie.

Oberflächlich und ungenau

Das Verfahren bewegte sich durch die Instanzen bis vor den Bundesgerichtshof, der Fragen zu Schadensersatz und Entschädigungen der STV dem EUGH zur Klärung vorlegte. Der EUGH ging nun ausschließlich und in seinen Argumenten nicht besonders tieferschürfend lediglich auf die Frage des Schadensersatzes ein. Er ließ verschiedene Argumente der durch die Anwälte der Interessengemeinschaft gegen die Nachbau-

gebühren und Nachbaugesetze (IGN) vertretenen Bauern außer acht. So ignoriert er die Tatsache, dass Nachbausaatgut von seiner Qualität her nicht dem zertifizierten Saatgut entspricht und somit auch kein Bedürfnis eines Schadensausgleiches in Höhe einer entgangenen Z-Lizenz beim Züchter zu befriedigen ist. Desweiteren spielt für ihn keine Rolle, dass unkorrekte oder unvollständige Nachbauangaben auch aus Versehen zu Stande gekommen sein könnten und nicht nur mit Vorsatz, der eine Bestrafung rechtfertigen würde. Hier greift die Begründung, man könne den unter Umständen auch nur zufällig ordentlichen Fragebogenausfüller nicht mit dem unordentlichen gleichstellen, zu kurz. Der Gerichtshof macht es sich zu leicht, anstatt differenziert zu beurteilen. Ein Grund mehr, in der laufenden Revision der Saatgutgesetzgebung darauf zu drängen, dass die gesetzlichen Grundlagen geändert werden. cs

In Beckum steigen die Ackerbohnen-Preise

Die Auswirkungen der klimatisch bedingten Ertragsausfälle auf die globalen und nationalen Agrarmärkte

Tödliche Soja

Vom 5. bis 19. September 2012 machen Sofia

Gatica und Maria del Milagro Godoy eine Vortragstour in Europa. Die beiden Mütter kämpfen dagegen, dass auf Argentinien Sojafeldern Monsanto Roundup (Glyphosat) mit Flugzeugen versprüht werden darf.

Dazu gehört viel Mut und Hartnäckigkeit. Mütter in der Gemeinde Ituzaingó bei Cordoba haben viele Fehl- und Missgeburten und Krebsfälle in der Nachbarschaft dokumentiert und bewiesen, dass es ein Vielfaches des Landesdurchschnitts ist. Auch in anderen Gemeinden regt sich nun Widerstand. Was sie erleben stimmt mit wissenschaftlichen Untersuchungen über die Embryotoxizität von Glyphosat überein, die sowohl in Argentinien als auch in Frankreich gemacht wurden. Über ihre Erfahrungen mit den Behörden, Wissenschaftlern und Gleichgesinnten werden die beiden Frauen im Rahmen einer von der Zukunftsstiftung Landwirtschaft zusammen mit ARC 2020 organisierten zweiwöchigen Vortragstour in verschiedenen europäischen Städten berichtet.

Termine bislang:
4.15.9.2012 Brüssel, Europäische Konferenz Gentechnikfreier Regionen
7.9.2012 Mainz
13.9.2012 Berlin
19.9.2012 Brüssel

Nähere Infos unter:
<http://www.gmo-free-regions.org/de/europaeische-konferenz-gentechnikfreier-regionen-2012/speakers/gatica.html>

Die Getreideernte in Deutschland ist Vergangenheit und mit den typischen regionalen Unterschieden fiel sie dann doch besser aus als erwartet. Sehr hohe Erwartungen wurden auch in die US-Maiserte 2012 gesteckt. So prognostizierte das amerikanische Landwirtschaftsministerium USDA zu Beginn der Vegetationszeit eine Menge von 376 Millionen Tonnen, was zum einen mit der gestiegenen Anbaufläche und zum anderen mit dem sehr guten Zustand der Maisflächen begründet wurde. Dann setzte eine der schwerwiegendsten Dürren seit Jahrzehnten ein, die besonders den „mittleren Westen“, den sogenannten „corn belt“ der USA, schwer getroffen hat. Seit etwa Mitte Juli stuft die USDA fast wöchentlich die Ertragsprognosen herunter. Die wahren Ausmaße sind noch gar nicht abzusehen. Auch aus anderen Ländern der Welt hört und liest man von klimatisch bedingten Ertragsausfällen größeren Ausmaßes.



Bei uns kann der Mais geerntet werden.

Foto: Dr/pixelio

Auswirkungen der Dürre

Die katastrophalen Auswirkungen treffen zu aller erst die Ärmsten dieser Welt. Entwicklungsorganisationen sehen eine ähnlich große Krise herannahen wie 2007/08. Bezüglich der Preisbildung an den Agrarmärkten deutete sich dies schon in diesem Frühjahr an. Das hohe Preisniveau der letzten Monate für Getreide, Soja und Raps steigerte sich im Juli/August noch einmal. Der mögliche Einfluss von Spekulationsgeschäften soll hier nicht unerwähnt bleiben, aber der Preisanstieg der letzten Wochen hat viel mit den ständig nach unten korrigierten Ertragsprognosen zu tun. Die USA ist bekanntermaßen weltweit der größte Maisproduzent und -exporteur. Die dürrebedingten Ertragsausfälle beim Mais in den USA werden zur Folge haben, dass die Veredlungsbetriebe und Biogasanlagen in Europa mit höheren Rohstoffpreisen im laufenden Wirtschaftsjahr zu rechnen haben als 2011/12. Was aktuell beim Mais zu beobachten ist, geschah bei Soja in ähn-

licher Weise in der zurückliegenden Ernte. Trockenheitsbedingte Ertragsausfälle in Teilen der Hauptanbauländer Südamerikas führten auch zu einer Verknappung der begehrten Bohne (*Unabhängige Bauernstimme* 7/2012). Die Preise stiegen, was neben global steigender Nachfrage zur Folge hat, dass für die kommende Anbausaison der Sojaanbau weiter ausgedehnt werden soll.

Wieder in den Wald

So wird für Brasilien, den zweitgrößten Sojaproduzenten der Welt nach den USA, eine Steigerung von 24 Prozent, für Argentinien, drittgrößter Sojaproduzent, eine Produktionsausdehnung von 30 Prozent und für Paraguay, die Nummer vier der Welt, sage und schreibe eine Steigerung von 100 Prozent prognostiziert. Diese Zahlen sind vorsichtig zu behandeln. Dass es in einem relativ kleinen Land wie Paraguay zu einer Verdopplung der Sojaproduktion innerhalb

eines Jahres kommen kann, scheint fast unvorstellbar. Fakt ist aber, dass der Trend zur weiteren Flächenausdehnung ungebrochen ist und entsprechende politische Weichenstellungen vorgenommen werden. In Brasilien arbeitet die Agrarlobby wieder mit zunehmendem Erfolg an der Verwässerung des bestehenden Waldgesetzes. In Paraguay werden täglich Primär- und Regenwälder in der Größe von 425 Fußballfeldern gerodet. Zusätzlich sind die sozialen Konflikte in dem südamerikanischen Land aufgrund der ungerechten Landverteilung immens (*Unabhängige Bauernstimme*, 6/2011). In Folge eines Massakers nach einer Landbesetzung, bei der mindestens 19 Menschen im Juni dieses Jahres starben, kam es zu einem Staatsputsch, der die Konservativen an die Macht brachte. Die Sojalobby wird davon profitieren.

Steigende Sojapreise hier

Die Sojaschrotpreise für hiesige Bauern lagen Ende August bei 50 Euro je Dezi-

tonne und mehr. Dementsprechend überschlugen sich in den letzten Wochen die Artikel in den landwirtschaftlichen Fachblättern auf der Suche nach Alternativen für das teure Sojaschrot. Eine davon sind heimische Leguminosen, die in Kombination mit Eiweißträgern wie Rapschrot, Kartoffeleiweiß und anderen, Soja in großen Mengen ersetzen können. Das Problem ist nur, dass viele Landhändler immer noch einen unzureichenden Preis für Ackerbohne und Co. zahlen und die angebotenen Mengen gering sind. Aber bezüglich der Preise gibt es auch Unterschiede. Während der eine Futtermittelhändler 23 bis 24 €/dt bietet, was dem Niveau von Weizen entspricht, zahlt ein nicht weit entfernt liegendes Unternehmen Preise von 28 bis 30 €/dt. Grund hierfür sind nicht fehlende Kenntnisse über den Wert der regionalen Körnerleguminosen, sondern die unterschiedlichen Möglichkeiten der Unternehmen. Der erst genannte aus dem westfälischen Beelen sagt ganz klar, „unter 500 Tonnen Menge nehmen wir sie nicht in die Futtermischung rein“. Der zweite, aus dem nahe gelegenen Beckum ist bezüglich der Mengen flexibler und kann auch kleinere Mengen in seine Rationen verarbeiten.

Trotz alledem werden die regionalen Körnerleguminosen weit unter Wert gehandelt. In der Futtermischungsplanung von Futtermischern liegt der Wert von Erbsen bei 39,10 €/dt, wenn Sojaschrot wie aktuell 55 €/dt und Weizen 22 €/dt kostet. Bei der Ackerbohne verhält es sich ähnlich. Entsprechend finden die Körnerleguminosen in den Fruchtfolgeplanungen der landwirtschaftlichen Fachblätter wieder eine Erwähnung. Und so schreibt Harald Lotpotz von der Landwirtschaftskammer in Nordrhein-Westfalen: „Ab einem Erzeugerpreis von 35 €/dt können beide Körnerleguminosen auch ohne Berücksichtigung der vielfältigen Vorfruchtleistungen mit dem Getreideanbau konkurrieren.“

Was bleibt?

Körnerleguminosen sind bei den jetzigen Marktpreisen von Soja und der Anrechenbarkeit ihres Futterwertes schon heute konkurrenzfähig zu Getreide, Mais und Raps. Die Sojaschrotpreise werden aber auch wieder fallen. Um den Anbau von Ackerbohne und Co nachhaltig zu fördern und zu stabilisieren, braucht es veränderte politische Rahmenbedingungen, die innerhalb der EU-Agrarreform für 2014 – 2020 zu erkämpfen sind. Nicht nur für Europa wäre ein ausgewogeneres Anbauverhältnis der einzelnen Kulturen auf dem Acker eine Wohltat.

Christoph Dahlmann, AbL-Projekt
„Vom Acker in den Futtertro“

Patentierte Verunsicherung

Gelingt es mit dem Einheitspatent, Rechtssicherheit zu schaffen?

In der Vergangenheit gab es vor dem europäischen Patentamt immer wieder spektakuläre Einspruchsverfahren gegen die Erteilung von Patenten auf Pflanzen und Tiere. Nicht immer war ihr Ausgang aus Sicht der Einsprechenden so erfolgreich wie im Fall des Patent EP 1506316, dem „Patent auf Methoden zur Verbesserung der Ausbeute in der konventionellen Tierzucht“, das bereits im Januar 2008 kanadischen Züchtern erteilt wurde. In diesem Patent geht es um die Nutzung natürlicher Erbanlagen, die bereits bekannt sind und die mit der Zunahme der Tiere während der Mast und der Fetteinlagerung in Verbindung stehen. Insbesondere werden Rinder und Schweine genannt. Zunächst soll an den Tieren eine Art Gendialyse durchgeführt werden, woraufhin sie in verschiedene Untergruppen aufgeteilt werden, um dann je nach Veranlagung und Bedarf miteinander gekreuzt zu werden.

Dieses Patent wurde jetzt vom Europäischen Patentamt in Den Haag widerrufen. Einspruch gegen das Patent hatten die Organisationen Greenpeace und Misereor eingelegt, weil Verfahren zur konventionellen Zucht von Pflanzen und Tieren in Europa nicht patentiert werden dürfen. Zudem bezweifeln die Einsprechenden, dass das Patent überhaupt erfinderisch ist.

Das Patent hätte auf alle möglichen Tierarten und Tierrassen angewendet werden und so den Weg für weitreichende Monopole in der Tierzucht ebnet. Die Entscheidung ist ein wichtiger Erfolg für Landwirte, Züch-

ter und Verbraucher. Aber das Europäische Patentamt hat längst nicht alle Hintertürchen geschlossen, durch die Pflanzen und Tiere zu Erfindungen der Konzerne gemacht werden, kritisiert Christoph Then, Patentberater von Greenpeace.

Widerspruch gegen die Patentierung von Lebewesen kommt auch aus dem Bundestag sowie dem Europaparlament. Beide Parlamente haben einen Stop von Patenten auf Leben gefordert. Allerdings besteht keine Weisungsbefugnis gegenüber dem Europäischen Patentamt, so dass unklar bleibt, ob die Institution in Zukunft die Beschlüsse der beiden Parlamente bei ihren Entscheidungen berücksichtigen wird.

Eine Verbesserung der Rechtslage wird von vielen Beobachtern von der derzeit in der Diskussion befindlichen Einführung des sogenannten Europäischen Einheitspatents erwartet. Zwar werden auch hier Patente im Bereich der Tier- und Pflanzenzucht nicht verboten, es besteht aber die Möglichkeit, diese in einem ersten Schritt wirkungsvoll zu regeln. Die neue Patentregelung ist allerdings nicht unumstritten. Von Seiten vieler, vor allem kleinerer Züchter und Zuchtunternehmen wird beklagt, dass die neue Regelung nur unzureichende Aussagen zu dem Züchtervorbehalt macht. Nach Wahrnehmung des Bündnis Keine Patente auf Saatgut besteht bei der derzeitigen Regelung die Gefahr, dass kleine Züchter von großen Unternehmen durch Patente um ihre Entwicklungen betrogen werden. Auch wird beklagt, dass Tierzucht in dem aktuellen Vorschlag nicht vorkommt.

Vor diesem Hintergrund fordert das Bündnis Keine Patente auf Saatgut!, die bestehenden Entwürfe zu verbessern: Die Tierzucht muss in den Züchtervorbehalt mit einbezogen werden und es muss sichergestellt sein, dass Pflanzen und Tiere unabhängig von den Ansprüchen irgendwelcher Patentinhaber gezüchtet, vermehrt und vermarktet werden können. Die Entscheidung zum Europäischen Einheitspatent und dem Züchtervorbehalt wird im Herbst erwartet. *mn*

Kurzes am Rande

Gentechnikfreie Region Schleswig-Holstein

Seit Ende Juli gehört das Bundesland Schleswig-Holstein wieder zum „Europäischen Netzwerk gentechnikfreier Regionen“, dem sich mittlerweile 55 europäische Regionen mit mehr als 140 Millionen Einwohnern angeschlossen haben. 2003 war Schleswig-Holstein zusammen mit zehn anderen Regierungen Gründungsmitglied des Netzwerkes, 2005 trat die damalige schwarz-rote Landesregierung wieder aus. Robert Habeck, Umwelt-, Energie und Landwirtschaftsminister in Schleswig-Holstein, sagte beim Wiedereintritt: „Ziel der Landesregierung ist es, dass Schleswig-Holstein gentechnikfrei bleibt. Das ist ein wichtiger Standortvorteil für unsere Landwirtschaft. Bisher ohne Gentechnik – und das soll so bleiben.“ In ihrem Koalitionsvertrag hatten SPD, Grüne und SSW vereinbart: „Wir wollen die Gentechnikfreiheit beim Anbau in Schleswig-Holstein als einen wichtigen Standortvorteil für die Land- und Ernährungswirtschaft erhalten und sichern. Der Schutz vor gentechnischen Verunreinigungen im Saatgut oder in Futtermitteln ist dafür Voraussetzung. Wir wenden uns daher gegen jegliche Versuche, die Nulltoleranz aufzuweichen.“ *av*

Rewe-Milch ohne Gentechnik

Die Handelsgruppe Rewe hat angekündigt, die Molkereiprodukte ihrer Eigenmarken langfristig auf einheimische, gentechnikfreie Futtermittel umzustellen. Molkereiprodukte mit dem „Pro-Planet-Label“ stammen aus Betrieben, die sich dazu verpflichten, zukünftig einheimische Futtermittel einzusetzen. Ab dem Zeitpunkt der Auslobung beginnt eine zweijährige Umstellungsphase, in der nur noch gentechnikfreie Soja (auch aus Übersee) eingesetzt werden darf. Pro Planet-Frischmilch und Sahne werden bereits in über 600 Rewe- und Penny-Supermärkten in Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und in Nordbayern angeboten. Momentan kommt die Milch für diese Produkte von einem Lieferanten, der schon auf europäische gentechnikfreie Futtermittel umgestellt habe. *av*

Neubewertung von Gentechnik-Mais

Die EU-Kommission hat drei Gentechnik-Maissorten, die relativ weit im EU-Zulassungsprozess vorangeschritten waren, zurück zur Neubewertung an die Europäische Lebensmittelsicherheitsbehörde (EFSA) geschickt. Die drei Mais-Varianten sind: MON810 von Monsanto, Bt 11 von Syngenta und 1507 von Pioneer. Mit der Überarbeitung des MON810-Dossiers will sich die EFSA bis Ende 2012 Zeit lassen, sie verweist auf „neue Informationen“ und eine „erhebliche Zahl von Veröffentlichungen“ zu MON810, die geprüft werden müssen. MON810 hat bereits eine Anbauzulassung, diese muss alle zehn Jahre überprüft werden. In sechs EU-Ländern ist der Anbau von MON810 verboten. Im Falle der Neuzulassung wird entscheidend sein, ob die Mitgliedsstaaten sich wieder für ein Verbot stark machen. In Deutschland ist das fraglich. Friends-of-the-Earth-Kampagnerin Mute Schimpf kommentierte: „Es ist ein positives Zeichen, dass die EU-Kommission die Risiken von gentechnisch veränderten Pflanzen und die Mängel der derzeitigen Sicherheitsprüfungen erkennt. Aber was die Kommission nicht erkennt ist, dass einfach niemand gentechnisch veränderte Pflanzen oder Tiere in Europa essen will!“ *av*

Historisches Pestizid-Urteil in Argentinien

Erstmals in Lateinamerika hat ein argentinisches Gericht zwei Männer der Vergiftung von Anwohnern mit Pestiziden für schuldig befunden: Ein Sojaproduzent sowie der Eigentümer eines Kleinflugzeuges erhielten Bewährungsstrafen von jeweils drei Jahren. Vielen Betroffenen ist das Urteil viel zu milde – ihre Kinder starben an Krebs. Die drei Richter des Strafgerichts Córdoba sahen es als erwiesen an, dass die Beklagten bei der wiederholten Besprühung der Felder aus der Luft vorsätzlich gegen Bestimmungen für den Umgang mit gefährlichen Stoffen verstoßen haben. Bei den Sprüheinsätzen wurden das Herbizid Glyphosat und das Insektizid Endosulfan benutzt. Der Kläger Medardo Avila sprach von einem „historischen Urteil“. Es sei wichtig, dass das Gericht die Gifteinsätze als Straftat anerkannt hat. „Das ist ab heute für ganz Argentinien gültig.“ Rund zwölf Millionen der etwa 40 Millionen Argentinier leben in Orten, die von Soja- und Maisfeldern umgeben sind. Der Einsatz von Agrarchemikalien in Argentinien hat sich in den letzten 21 Jahren mehr als verzehnfacht. Doch: „Wer gibt uns unsere an Krebs gestorbenen Kinder zurück?“, fragte eine Mutter neben ihm. Das Urteil ist das erste dieser Art in Lateinamerika – es dürfte Signalwirkung weit über Argentinien hinaus haben. *av*



Eine sichere Lösung gegen unzulässige Patente: Patentverbrennungsmaschine

Foto: Nürnberger

Natur nutzen – Natur schützen

Fördergemeinschaft Nachhaltige Landwirtschaft wirbt mit bäuerlichen Bildern für industrielle Produktion

8 hours.eu

Mehr als eine Million Menschen fordern in der Online-Aktion „8hours.eu“ eine Begrenzung der Tiertransporte auf 8 Stunden. Sozial- und Christdemokraten sowie Grüne haben im EU-Parlament eine entsprechende Petition mehrheitlich verabschiedet, so dass die EU-Kommission und der EU-Rat jetzt die EU-Tiertransportverordnung überarbeiten müssen. Auch der deutsche Bundesrat hat die Bundesregierung aufgefordert, EU-weit die Begrenzung auf 8 Stunden durchzusetzen. Unter den EU-Regierungen bleibt die Frage umstritten. Die EU-Kommission werde in absehbarer Zeit keinen Vorschlag mit neuen Zeitbegrenzungen vorlegen, stellte EU-Verbraucherkommissar John Dalli in Luxemburg klar. Die Kommission werde stattdessen darauf achten, dass die bestehenden Vorschriften für den Transport besser eingehalten werden. *pm*

Mitten in Köln hatte man sich platziert. Ein paar Kälber sprangen auf Stroh, Küken in einem kleinen Stall, Schweine mit Ringelschwänzen. Frische Luft und gutes Wetter. So stellte sich die Fördergemeinschaft Nachhaltige Landwirtschaft der Kölner Bevölkerung unter dem Motto: Natur nutzen – Natur schützen vor. Beim flüchtigen Vorbeigehen allerdings wurde den Passanten gar nicht wirklich bewusst, mit wem sie es eigentlich zu tun hatten. Hier stellte sich nicht der bäuerliche Betrieb vor. Die Fördergemeinschaft Nachhaltige Landwirtschaft (FNL) steht für die Großen der Agrarindustrialisierung. Mitglieder sind unter anderem BASF, der Industrieverband Agrar, die Chemiekonzerne DuPont, BASF und Bayer. Aber auch der Gentechnikkonzern Monsanto und der Verband der chemischen Industrie haben eine Mitgliedschaft. Der deutsche Bauernverband sitzt mit am Tisch sowie der Raiffeisenverband, der Bundesverband der Pflanzzüchter und der Zentralverband der Deutschen Geflügelwirtschaft und viele mehr (www.fnl.de).

Ängste schüren

Als Reaktion auf die Ankündigung des Erlebnisbauernhof fand sich spontan und ohne großes Budget ein Bündnis aus verschiedenen Vereinen und Verbänden. Neben der AbL, dem Bund für Umwelt und Naturschutz, dem Naturschutzbund und Slow Food beteiligten sich die Veganer und der Asta der Uni Köln. Offenbar nicht ohne Wirkung blieb die Mobilisierung bei der FNL. Von Aufrüstung und dem Einsatz von Nachtwachen

war da die Rede. Den FNL-Organisatoren war es offensichtlich gelungen, die Polizei mit ihrer Hysterie zu infizieren. Ein dutzend Mannschaftswagen standen vor Ort. Die Polizisten in Kampfanzügen, mit Helmen und Schilden.

Die besseren Argumente

Das wurde den friedlichen Gegendemonstranten dann doch nicht gerecht. Könnte aber ein ganz gutes Bild für die Informationspolitik der FNL sein. So wie man offenbar der Polizei ein nicht vorhandenes Bedrohungspotenzial geschildert hatte, versuchte man den Passanten in Köln zu vermitteln, man stehe für bäuerliche Landwirtschaft mit Schweinen und Hühnern zum Anfassen auf Stroh, mit Schwanz und Schnabel.

Welche Richtung es einzuschlagen gilt, stellte Bernd Schmitz, Landesvorsitzender der AbL-NRW dar: „Bäuerliche Landwirtschaft ist die einzige Form der Zukunftslandwirtschaft. Sie steht für Vielfalt. Damit bietet sie den Verbrauchern vielfältige regionale Produkte. Schafft aber gleichzeitig Vielfalt für Tiere und Pflanzen durch kleinräumige Strukturen auf den Höfen und gibt vielen Menschen Arbeit.“ In seiner Rede, die von den interessierten Passanten aufmerksam verfolgt wurde, machte er die Unterschiede zur industriellen Produktion deutlich: „Wir müssen eine bäuerliche Landwirtschaft fördern, anstatt Aktionäre mit Gewinnen aus Industrieunternehmen zu bedienen.“ *mm*



Im Einsatz für ehrliche Information und bäuerliche Landwirtschaft. (v.l.) Ralf Bilke, BUND; Michael Braun, BDM; und Rudi Schwamborn, AbL. Foto: BUND

Der nächste stand schon vor der Tür

Kundgebung der AbL Bayern zu Sonnleitners Abgang

Bayerns Ministerpräsident Seehofer hatte 500 Gäste, überwiegend Funktionäre und Obmänner des Bauernverbands und Politiker in die Münchner Residenz geladen. Es war der Empfang für den scheidenden DBV-Präsidenten Gerd Sonnleitner. Auch 300 Bauern und Bäuerinnen waren an diesem Abend in München, allerdings vor den Türen der Residenz. Während drinnen Lobeshymnen erklangen, waren es draußen Trauermärsche von der Haberer Musi aus dem Bayerischen Oberland und bittere Gstanzl von Markus Dipold. Während drinnen Sonnleitners Bilanz beklatscht und gefeiert wurde, ging es

draußen um die traurige Realität: 104 Kerzen wurden aufgestellt, eine Kerze für je Tausend Bauernhöfe, die in Bayern in den letzten 20 Jahren aufgegeben wurden. Offensichtlich wollen das weder Bauernverband noch CSU und FDP sehen – sie feiern lieber sich selbst und die angeblichen Erfolge von Sonnleitner. Alle, die nicht geblendet sind von diesen fragwürdigen Erfolgen, stimmt das nachdenklich, traurig und auch wütend. Die Wut gilt Sonnleitner, seinen Verbündeten aus Politik und Wirtschaft, seinem Verband. Mit dem unsäglichen Motto „Wachsen oder Weichen“ forciert er genau diesen unerträglichen

Strukturwandel seit Jahrzehnten – liegt es doch in der Natur der Sache, dass Einer nur wachsen kann, wenn der Andere weicht. Bezeichnend oder entlarvend? Ein Teilnehmer des offiziellen Empfangs sagte auf dem Nachhauseweg lapidar, es seien ja „nur 104.000 Bauernhöfe aufgegeben worden, es könnten gut und gerne 150.000 sein, das wäre auch egal“. Ob diese Äußerung dem merklich zu hohen Alkoholspiegel zu verdanken war oder ob er auch nüchtern so offen über die Ansichten des Bauernverbands zu sprechen wagt, konnte nicht in Erfahrung gebracht werden.

Gertraud Gafus, AbL-Bayern

Kirchenland in Bauernhand?

AbL-Thüringen rührt am Thema Kirchenlandvergabe

Die Kirche ist in Sachsen-Anhalt nach Bund und Land der drittgrößte Landbesitzer. Daraus ergibt sich eine erhebliche Verantwortung bei der Verpachtung an die Bewirtschafter dieser Flächen, die die Evangelische Kirche Mitteldeutschlands (EKM) – und ähnlich ist es auch in den übrigen ostdeutschen Bundesländern – in Zwiespälte bringt. „Die Landverpachtung ist die einzige ernstzunehmende Geldquelle“, sagt Sigrun Höhne, Umweltbeauftragte der Landeskirche, „und traditionell für die Besoldung der Pfarrer da.“ Deshalb sei es für die Verwaltung, also die Kirchenkreisämter, prioritär, „Geld ranzuschaffen.“ Gleichzeitig lege die Kirche natürlich Wert darauf, dass vernünftig mit dem Boden umgegangen werde, so Höhne. Claudia Gerster, Bio-Bäuerin und AbLerin aus Thüringen, kennt viele Geschichten, die von diesem Zwiespalt handeln. Von Betrieben, die die ja durchaus vorhandenen, ökologischen oder sozialen Kriterien der Kirche erfüllten, und am Ende bekam das neu zu verpachtende Land doch der, der am meisten dafür geboten hatte. Extrem ist sicher die Vergabe des Landes an einen Hühnerhalter, der dort einen Aufzuchtstall für 70.000 Tiere bauen will und damit nicht nur regionalen Widerstand auf den Plan ruft. Viel häufiger, das beschrieb auch das Mitteilungsorgan der EKM Glaube und Heimat schon, bleibt es auf einer Ebene von Unmut und Unverständnis, wenn der solvente Biogas-Maisanbauer ohne Kirchenaffinität den Vorzug vor dem ökologisch wirtschaftenden Nachbarn bekommt.

Claudia Gerster will das Thema herausholen aus dieser Grauzone, will mehr Transparenz bei der Vergabe und bessere Informationen auf Seiten der Verwaltung. Deshalb organisiert sie am 27. September schon zum zweiten Mal gemeinsam mit Sigrun Höhne eine Höferundfahrt. „Es ist ein heißes Thema, das muss Chefsache werden“, sagt Gerster und wünscht sich,

dass nächstes Jahr vielleicht die Landesbischöfin mit auf die Betriebe fährt. Ihr gehen die vorhandenen Kriterien noch nicht weit genug. Um dörfliche Strukturen zu unterstützen, sollten Neugründer bei der Landvergabe bevorzugt werden und Betriebe, die sich besonders in Sachen Arbeitsplatzschaffung, sozialem Engagement, bäuerlicher und regionaler Erzeugung hervortun. Nicht nur sollte die Fläche gentechnikfrei bewirtschaftet werden, sondern der ganze Betrieb sich dazu verpflichten. Allerdings sagt Gerster auch, dass es schon mal ein Fortschritt wäre, wenn die bereits vorhandenen Kriterien überhaupt vergabebestimmend wären.

Transparenz

Sigrun Höhne sieht diese Schwierigkeiten, verweist aber auch darauf, dass im letzten Jahr Einiges passiert sei. Angefeuert durch die extremen Entwicklungen auf dem Bodenmarkt, auf den vermehrt externe Investoren drängen – die Landkaufpreise in Ostdeutschland stiegen im vergangenen Jahr um rund 20 Prozent – setzte man das Thema auf die Tagesordnung der Landessynode. Das Kirchenparlament beschloss Veränderungen wie eine Rückkehr zur Pachtlaufzeit von zwölf Jahren, um den Bauern und Bäuerinnen mehr Planungssicherheit zu gewährleisten, obwohl auch häufigeres Neuverpachten mehr Einnahmen bringt. Außerdem soll es nun Überprüfungen der ordnungsgemäßen Bewirtschaftung der Böden und die Einrichtung einer externen Schiedsstelle geben, die bei Unstimmigkeiten hinzugezogen werden kann. Und schließlich will man versuchen, die Pachtpreisschraube nach oben zu begrenzen, indem es eine Obergrenze geben soll. So ließen sich Preisgebote „jenseits von gut und böse, die kein Bauer vor Ort mehr seriös realisieren kann“ unterbinden, hofft Höhne. Auch sie will durch mehr Informationen und größere Transparenz den sozialen und ökologischen Kriterien zu mehr Gewicht verhelfen. Ortstermine wie die Höferundfahrt machen da aus abstrakten Kriterienkatalogen handfeste Lebenswirklichkeiten. cs

Infos zur Höferundfahrt am 27. 9. 2012, Beginn 14.00 Uhr in Cobstädt, bei Claudia Gerster, AbL-Thüringen, 034465 21005



Ackern unterm Kirchturm

Foto: Hermsdorf/pixelio

Es ist nie zu spät

Er sitzt auf dem Scheunenußboden im Stroh, neben ihm die zwölfseitige Gitarre, sein Markenzeichen. Er trägt ein Jeanshemd, eine sehr verschlissene Jeans und Jesuslatschen. In der Hand hält er eine Zigarette. Es ist Gordon Lightfoot, Kanadas Folk-Rock-Legende, auf der Plattenhülle von „Sundown“, an der Wand in meinem Jugendzimmer.

Ich war vierzehn oder fünfzehn. Der Sänger und Songwriter Gordon Lightfoot war mein Idol. In seinen Songs spiegeln sich die Weite und die Natur Kanadas, aber auch die Liebe in all ihren Schattierungen. Ich fand sie wunderschön. Leider habe ich mein Idol nie live gesehen. An meinem 15. Geburtstag gab er ein Konzert



... aus Nordrhein-Westfalen

in der Frankfurter Jahrhunderthalle, eins von wenigen in Deutschland. Hätte ich nur dabei sein können!

Heimlich träumte ich davon, selbst Lieder zu schreiben, zu singen und mit der Gitarre zu begleiten wie Gordon Lightfoot. Irgendwann packte mich dann der Mut. Mit sechzehn kaufte ich mir vom Taschengeld eine einfache Gitarre und dazu ein Gitarrenbuch. „Du brauchst von nix ‘ne Ahnung zu haben, leg einfach los“, hieß es im Vorwort. Ich legte also los und lernte drei Griffe: G-Dur, D-Dur und A-Dur. Woody Guthries „This land is your land“ war das erste Lied, das ich zur Gitarre sang.

Im selben Jahr machte ich einen Tanzkursus und lernte Britta kennen, die sechzehn war, als sie meine erste Freundin wurde. Mancher Text und manches Gefühl aus Gordon Lightfoots Liedern wurde auf einmal Wirklichkeit. Ich hätte mich nie getraut, Britta etwas vorzusingen, doch ich nahm ihr meine Lieblingsmusik auf, auch Stücke von Gordon Lightfoot. Britta fand sie schön. Doch dann ging unsere Freundschaft in die Brüche. Meine kaum benutzte Gitarre verbannte ich auf den Dachboden.

Gordon Lightfoot blieb ich treu. Als ich siebzehn war, radelte ich in den Sommerferien eine Woche alleine durch Holland. Ich hoffte, ein Mädchen zu treffen, das dort ebenfalls mit dem Fahrrad unterwegs war. Stattdessen fand ich eine Lederjacke, in Amsterdam auf dem Flohmarkt. Sie sah genau aus wie die Lederjacke, die Gordon Lightfoot auf dem Coverfoto von „Don Quixote“ trug. Ich kaufte die Jacke und nähte zuhause neue Knöpfe an. So hatte ich das Gefühl, meinem Idol ein Stück näher zu sein. Knöpfe annähen war so viel einfacher als Gitarre zu lernen.

Das war vor über dreißig Jahren. Die Lederjacke habe ich längst nicht mehr, auch nicht die alte, billige Gitarre. Aber ich habe immer noch Spaß am Singen. Ich singe im Gesangverein und manchmal auch im Stall oder auf dem Trecker. Oft habe ich gedacht: „Ach hätte ich doch ein Instrument gelernt!“ Bis ich neulich hörte, dass ein anderer Landwirt aus dem Gesangverein seit zwei Jahren dabei ist, Akkordeon zu lernen. „Warum lerne ich nicht einfach Gitarre?“, schoss es mir durch den Kopf. „Ich habe doch früher mal damit angefangen!“ Ich hätte es fast vergessen.

Und jetzt lerne ich Gitarre. Wirklich. Ich finde, es ist nie zu spät, etwas Neues zu lernen. Und erst recht nicht zu spät, Musik zu machen. Gordon Lightfoot zum Beispiel wird vierundsiebzig und gibt immer noch Konzerte. Sein neuestes Live-Album ist gerade erschienen. Ab und zu schaue ich mir das Foto auf der alten „Sundown“-Plattenhülle an, wo er im Stroh sitzt, die Gitarre an einen Brennholzstapel gelehnt. Es kommt mir sehr vertraut vor. Wie viel Stroh und wie viel Brennholz habe ich schon gemacht! Die Gitarre dagegen: Absolutes Neuland.

Diesmal muss ich durchhalten. Und das werde ich auch!

Ein Bauer (51) erzählt ...

Rom in 36 Tagen

Mit dem Fahrrad aus dem Münsterland in die ewige Stadt

Am Montag, den 14. Mai 2012 schoben Franz Marpert und ich unsere bepackten Pilger-Fahrräder in die Chorräume der St. Briciuskirche in Schöppingen. Unsere Familien, Nachbarn und viele Mitmenschen waren dabei, als wir den Reisesegen bekommen haben. Bald verabschiedeten wir uns von allen, nahmen viele guten Wünsche und Anliegen der Menschen mit und fuhren in Richtung Rom. Seit ein paar Monaten haben wir, wann immer es möglich war, trainiert und dabei auch die Berg- & Talfahrten nicht vergessen. Am Montagabend erreichten wir nach 181 Kilometern Radeln unsere erste Unterkunft. Danach führte uns die Tour durch Köln, Koblenz, Mainz, Frankfurt, Aschaffenburg, Tauberbischofsheim, Rotenburg, Dinkelsbühl nach Donau-Wörth. In den Pensionen, Hostels und Jugendherbergen, in denen wir unterkamen, wurden die verschwitzten Kleidungsstücke mit Rei in der Tube im Waschbecken gewaschen und am nächsten Tag während der Fahrt auf dem Gepäckträger oder während der Mittagspause auf heißen Leitplanken, Bänken oder Zäunen getrocknet. Weil wir ab Donau-Wörth eine sehr klare Sicht auf die vom Schnee bedeckten Alpen hatten, machten wir uns schon Gedanken, ob wir diese wirklich mit unseren Fitzen bezwingen wollten. Fast jeden Tag hörten wir das Singen der Nachtigallen und vieler Singvögel und der Kuckuck war auch überall. Wir kraxelten in Richtung Fernpass zum Zugspitzenblick, wo wir am 23. Mai unsere Mittagspause genießen konnten. Abends und bei unseren täglichen Pausen fanden wir immer Gesprächspartner und dabei kam der Spaß am Leben nicht zu kurz.

Über die Alpen

Nachdem wir lange genug in die Pedale getreten hatten, erreichten wir den höchsten Punkt unserer Tour auf dem Auto-Reschenpass, in 1.556 m. Von hier rollten unsere Fitzen über allerbeste Fahrradwege durch die Obstanbaugebiete von Meran. Hier waren die Temperaturen schon bei 25 Grad und wir flitzten an der Etsch entlang, wo wir bald die Stadt Trento erreichten. Am Samstag, den 26. Mai fuhren wir am Gardasee vorbei und konnten kurz vor Lazise den Sonnenuntergang am See genießen. Die Autobahn durch das Merano Land ist voller Autos, Busse und Lastzüge aus Deutschland und anderen Ländern. Es werden Menschen und Waren oft sinnlos hin und her transportiert, ohne an den hemmungslosen Energieverbrauch zu denken. Ich meine, dass unseren Nachkommen die jetzt vergedudeten Erdöl- & Rohstoffvorräte schon bald fehlen werden. Aber auch Franz und ich ver-

brauchten an heißen Tagen bis zu 6 Liter Flüssigkeit, wovon wir das meiste verschwitzten.

Schwankender Grund

In den nächsten Tagen kamen wir über Finale Emilia in das von Erdbeben geplagte Gebiet, wo wir die Nacht im Schlafsack unter freiem Himmel verbrachten. Leichtes Beben und Donnern unter uns konnten wir Minuten lang miterleben, unser Mitgefühl galt den hier wohnenden Menschen. Kurz hinter dem Gardasee fängt die Poebene an, sie zieht sich bis Bologna und ist das einzige flache Land, welches wir befuhren. Hier befanden wir uns in einem von großen Konzernen bewirtschafteten Ackerbaugelände mit Getreide, Melonen- & Tomatenanbau in einer schier unendlichen Größenordnung. Hier singt kein Vogel, nur das Geld spielt hier eine Rolle. Artenvielfalt und bäuerliche Landwirtschaft sind in dieser Gegend schon lange kein Thema mehr, Chemie sorgt für wildkräuterfreie Äcker, Gräben und Ackerränder. Nur eine bäuerliche Landwirtschaft kann hier die Natur und die Landschaft zum Guten hin verändern. Aber eher wird die Sonne im Westen untergehen, als dass verantwortliche Politiker und die großen Kapitalvermehrter über eine gesunde Artenvielfalt und das Glück unserer Nachkommen nachdenken.



Martin Ramschulte (mit Helm) und Franz Marpert angekommen in Rom

Foto: privat

Ab Bologna konnten wir mit Straßenkarten und Navi nicht mehr viel anfangen, sondern fuhren nach unserem Kompass und die Sonne zeigte den Weg durch die großen Städte. Auch hier hat das Erdbeben Spuren hinterlassen und viele Menschen lebten in Zelten. Wir radelten durch das Appennini-Gebirge nach Florenz und weiter nach Assisi. Die Klosteranlagen, Kirchen und Gassen waren alleine schon eine Reise wert. Hier gibt es viele kleine Felder mit Getreide, Mais und Olivenbäumen. Auch sorgten viele Gemüsegärten für mehr Abwechslung in der Landschaft. Am Samstag den 2. Juni durften wir noch einmal auf acht Kilometer richtig bergauf

krackeln und erreichten nach 88 Kilometern Fahrt mit schönstem Sonnenschein um 13.00 Uhr die „ewige Stadt“. Es war ein unbeschreibliches Gefühl. Wir schoben unsere Fahrräder über kleine Märkte am Tiber vorbei Richtung Petersdom. Punkt 16.00 Uhr erreichten wir mit unseren Fahrrädern, die uns nicht ein einziges Mal im Stich gelassen hatten, den Petersplatz mit dem Dom in seiner ganzen Pracht. Bis zu diesem Platz sind wir an 19 Tagen eine Strecke von 2.307 Kilometern geradelt. Wir haben auf unserer Tour so viel gesehen, gehört, Menschen kennen gelernt und Fotos gemacht, dass wir ein typisches Touristenprogramm in Rom nicht mehr speichern konnten. Im Petersdom haben wir eine kleine Messe mitgefeiert. Anschließend haben wir uns die Baukunst der alten Römer angesehen und dabei an die armen Malocher und Sklaven gedacht, die damals nur zum Ausnutzen geboren wurden und keine Rechte kannten. Für mich ist es einfach Sünde und Schande, dass die damaligen Herrscher sich mit Prunkbauten verewigen ließen und die einfachen Leute dafür bezahlen mussten.

Heimweg

Wir machten uns auf den Rückweg, über Ladispoli, Grosseto erreichten wir Pisa, sahen dort den schiefen Turm und durften

der Geldmenschen lauter waren als die Maishäcksler im Münsterland. Schließlich erreichten wir Deutschland wieder, fuhren nach Garmisch-Partenkirchen, Oberammergau, Schongau und übernachteten bei Landsberg am Lech. Dort schauten wir uns mit LKW-Fahrern das Europameisterschaftsspiel Holland - Deutschland an und genossen die gemütliche Atmosphäre. Eine ältere Frau vermietete uns ein Doppelzimmer mit Frühstück. Sie hatte in besseren Jahren den ganzen Sommer über bis zu fünf Gästezimmer vermietet und ihr kleiner Lebensmittelladen war Treffpunkt der Menschen im Dorf und der Stammgäste. Die jährlich wiederkommenden Urlauber fühlten sich wohl bei ihr. Sie sagte, dass die Leute früher aus der Umgebung kamen, sich in Heimatnähe erholten, sich keinen Stress davon machten. Heute fliegen Urlauber über das schöne Tal hinweg zu weiten und billigeren Zielen, der Öl- und Rohstoffverbrauch spielt dabei keine Rolle, davon scheint es noch genug zu geben. Auch in Bayern scheint es immer weniger Bauern immer besser zu gehen, die Ackerflächen und Stallanlagen vergrößern sich jährlich, Biogas- & Photovoltaikanlagen gibt es jetzt schon zu viel.

Wieder zu Hause

Schließlich erreichten wir Frankfurt, wo wir in einem Rohbau übernachteten und uns am anderen Morgen in einem Tankstellenkiosk fit machten. Am 19. Juni kamen wir wieder nach Hause. An der St. Briciuskirche wurden wir von unseren tapferen Frauen und netten Menschen in Empfang genommen, dankten dem guten Gott aller Menschen für alles und die Freude war groß. Ohne die volle Unterstützung unserer Familien hätten wir die Tour nicht machen können. Weil sehr viele Menschen in Gedanken mit auf unserer Reise waren, konnten wir an den 36 Tagen 4.480 Kilometer über Berge und durch Täler radeln. Wir sind oft durch wunderbare Landschaften gefahren, die großen und kleinen Berge waren oft eine Augenweide und bescherten uns Muskelpakete in den Beinen, auch gab es blühende Landschaften mit einer vielfältigen Tier- und Pflanzenwelt. Die Menschheit muss nur aufpassen, dass die fleißig wachsende Weltbevölkerung nicht nur an sich denkt, sondern wir alle sollten doch unseren Nachkommen alles Gute wünschen und das Gute kommt nicht von selber! Das unerschütterliche Gottvertrauen von Franz Marpert hat auch mich angesteckt und alles zusammen hat unsere Rompilgerfahrt zu einem ganz besonderem Erlebnis gemacht, das wir nie vergessen werden.

Martin Ramschulte,

Schweinebauer aus dem Münsterland

Schweiz oder Kasachstan?

Michael Beleites zur Entwicklung der ländlichen Räume in Sachsen

Die Schweiz und Kasachstan stehen für absolut gegensätzliche Agrarstrukturen. In der Schweiz dominieren auch heute klein- und mittelbäuerliche Höfe. Das Land ist deswegen nicht rückständig. In Kasachstan hingegen herrschen die aus den sowjetischen Kolchosen und Sowchosen hervorgegangenen Großbetriebe mit Flächenausstattungen von 5.000 bis 40.000 Hektar vor. Die deutsche Agrarstruktur liegt ungefähr in der Mitte zwischen der Schweiz und Kasachstan. Doch dieses Durchschnittsdeutschland existiert nur in der Statistik

Auf dem Lande gibt es die deutsche Einheit noch nicht: Im Osten beträgt die durchschnittliche Größe landwirtschaftlicher Betriebe mehr als das Fünffache von jener im Westen. Wegen ihrer Konzentration auf billige Massenprodukte erzielen Großbetriebe subventionsbereinigt eine geringere Nettowertschöpfung je Fläche als kleinere Betriebe.

Michael Beleites verknüpft seine schonungslose Analyse der ostdeutschen Agrarpolitik vor und nach der 89er Revolution mit der Suche nach Visionen für eine zukunftsfähige Landbewirtschaftung. In dem bäuerlichen Erbe Sachsens und Thüringens

sieht er eine besondere Chance zur schrittweisen Wiederbelebung sozial und ökologisch verträglicher bäuerlicher Strukturen. Die künftige Agrarpolitik müsse daran gemessen werden, ob sie diese Chance nutze.

Vorstellung des Buches im Podiumsgespräch mit:

Prof. Dr. Michael Succow (Ökologe, Träger des alternativen Nobelpreises)

Dr. Thomas Giesen (Rechtsanwalt, 1990 und 91 Abteilungsleiter im Sächsischen Landwirtschaftsministerium)

Dr. Jörg Gerke (Sprecher der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft, Buchautor «Das ostdeutsche Agrarkartell»)

Michael Beleites (Autor)

Moderation: Johannes Lichdi, MdL

Dienstag 18. 9. 2012

19.00 bis 21.00 Uhr

Heinrich Böll Stiftung Sachsen

Aula Alte Nikolaischule

Nikolaikirchhof 2

04109 Leipzig

Bestellcoupon

Ich bestelle:

Das Jahrbuch Der kritische Agrarbericht

bitte ankreuzen

Ausgabe: 2012 2011 2010 2009 2008 2007 2006
22,- € 10,- € 10,- € 10,- € 10,- € 10,- € 10,- €

.....Expl. Nützt ja nix	Stückpreis 11,00 €
.... Expl. Aus dem Moor (erweiterte Neuauflage)	Stückpreis 11,- €
.... Expl. Ein Bauer erzählt, CD	Stückpreis 10,00 €
.... Expl. Schubkarrenrennen,	Stückpreis 11,00 €
.... Expl. Nehmt und Euch wird gegeben	Stückpreis 27,40 €
.... Expl. Der Wollmützenmann,	Stückpreis 11,90 €
.... Expl. Matthias Stührwoldt live, CD,	Stückpreis 9,50 €
.... Expl. Verliebt Trecker fahren,	Stückpreis 9,90 €
.... Expl. Koexistenz im landwirtschaftlichen Alltag	Stückpreis 3,- €
.... Expl. Monsanto gegen Bauern (aktualisierte Auflage)	Stückpreis 3,50 €
.... Expl. Wege aus der Hungerkrise	Stückpreis 3,10 €
.... Expl. Linda und Konsorten	Stückpreis 14,90 €
.... Expl. was für'n schöner Scheiß, CD	Stückpreis 10,- €
.... Expl. König Silo, CD	Stückpreis 10,- € Neu!

weitere Bücherwünsche:

zuzgl. Versandkosten 2,75 Euro

Ich zahle nach Erhalt der Rechnung

Ich erteile eine Einzugsermächtigung zu Lasten meines Kontos:

Konto-Nr.: _____ BLZ: _____ Bank: _____

Telefon: _____ ggf. E-Mail: _____

Name: _____ Adresse: _____

Datum: _____ Unterschrift: _____

Bestellung an:

ABL-Bauernblatt Verlag-GmbH, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Fax: 02381/492221

Kurzes am Rande

Königliche Frucht

Als herausragende Amtshandlung König Friedrich II. hat die Etablierung der Kartoffel als Ackerfrucht in der preußischen Landwirtschaft Eingang in die Geschichtsbücher und ins kollektive Gedächtnis gefunden. Vielleicht ist es das erste Beispiel von gezielter Landwirtschaftspolitik, die Idee, über mehr Vielfalt in der Fruchtfolge ackerbauliche Probleme und die Ernährungssicherung in den Griff zu kriegen, ist heute immer noch richtig, wenn auch der zweite Aspekt im ehemaligen Preußen die kleinere Rolle spielt. Grund genug also, sich mit dem „alten Fritz“ und der Kartoffel näher zu befassen. Das tut das Buch „König und Kartoffel“ aus einer sozial und alltagsgeschichtlichen Perspektive heraus. Das Buch erscheint im Juli zur Ausstellung „König & Kartoffel, Friedrich der Große und die preußischen „Tartuffoli“ vom 20. Juli bis 28. Oktober 2012 im Haus der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte, Kutschstall am Neuen Markt in Potsdam. cs

König & Kartoffel – Friedrich der Große und die preußischen „Tartuffoli“, Antonia Humm, Marina Heilmeyer und Kurt Winkler (Hg.), ca. 180 Seiten, ca. 120 Abbildungen, Hardcover, Format: 21,5 x 26,5 cm, ISBN 978 3 942476 30 0, € 29,95



Dokumentation Massentierhaltung

Die Autoren dokumentieren in ihrem Buch die „Schäden für Umwelt, Mensch und Tier“, insbesondere durch luftverunreinigende Emissionen und Antibiotikaresistenzen infolge agrarindustrieller Tierhaltung. Das Buch enthält zudem eine Fülle von Material in Form von Zitaten aus kritischen Publikationen und Stellungnahmen. en

Johann Altmann und Jutta Altmann-Brewe, Dokumentation Massentierhaltung, 124 Seiten, Isensee Verlag Oldenburg, 2012, für 10,80 Euro plus Porto auch erhältlich bei der Autorin, Gustav-Heinemann-Str. 30, 26919 Brake, Tel: 04401-70307

„Mensch - Macht - Milch“

Fotoausstellung zu EU-Agrarpolitik und bäuerlicher Landwirtschaft in Nord und Süd.

22. September in 87466 Oy-Mittelberg ab 10.00 Uhr auf dem Viehscheid Haslach

24. bis 28. September in 87466 Oy-Mittelberg
im Kurhaus Oy, Wertacher Str. 11

Infos bei: Berit Thomsen, ☎ 02381-9053172, thomsen@abl-ev.de, www.abl-ev.de/themen

„Es reicht!“

04. September 2012, Gatersleben
Gegenveranstaltung zum Inno-Planta-Forum 2012. Jedes Jahr

veranstaltet der Gentechnik-Lobby-Verein InnoPlanta ein Forum zum Austausch mit Gentechnikbefürwortern aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft. Auch Vertreter von Gentechnikerstellern wie KWS werden erwartet. Auch für dieses Jahr planen Kritikerinnen und Kritiker eine Gegenveranstaltung mit Demonstration, Werkstätten und Infoständen. Dazu kommt auch Jörg Bergstedt, profiliertes Gentechnik-Gegner und Autor des Buchs „Monsanto auf Deutsch“ über die Seilschaften der Gentechnik-Industrie hierzulande.

Ab 9 Uhr in Gatersleben, Kontakt vor Ort: ☎ 01522-8728353 od. 0175-8890415, www.biotech-seilschaften.de.vu, www.keine-gentechnik.de

GMO Free Europe Konferenz

04.-05. September 2012, Brüssel
Bereits zum siebten Mal laden nationale und internationale Umweltorganisationen zur europäischen Konferenz gentechnikfreier Regionen ein. In Workshops, Vorträgen und Diskussionen werden dieses Jahr unter anderem die Möglichkeit für ein nationales Anbauverbot, der Import von gentechnisch verändertem Soja und die mangelnde Risikoprüfung von gentechnisch veränderten Pflanzen durch die EFSA, thematisiert. Auf Einladung der europäischen Grünen wird die Konferenz am Donnerstag, den 5. September, im europäischen Parlament stattfinden. Vorbereitende Workshops werden bereits am 4. September im Tagungshaus „Mundo-B“ angeboten.

www.gmo-free-regions.org

Label „gentechnikfrei“ 05.-06. September 2012, Erfurt

Zur Jahrestagung des Europäischen Netzwerkes Gentechnikfreier Regionen lädt das Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit des Freistaats Thüringen nach Erfurt ein mit den Schwerpunkten: GVO-Kennzeichnung, Koexistenz und regionale Gestaltungsspielräume sowie Betriebsbesichtigung der Fahner Frucht GmbH.

Thüringer Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit, ☎ 0361 379-8515, Fax: -8850, gmo-free_conference@tmsfg.thueringen.de

4. Int. Soja-Symposium 2012

05.-06. September 2012, Wien
Die Initiative Donau Soja will die Basis dafür schaffen, dass in den nächsten Jahren der Anbau von Qualitätssoja in der Donauregion systematisch gefördert und forciert wird. Beim Soja-Symposium 2012 erfahren Sie alle wesentlichen Aspekte zum Projekt Donau Soja.

Verein Donau Soja, Wien/Österreich, ☎ 0043-1 512 174411, office@donausoja.org, www.donausoja.org/symposium

Livestock Futures

06. bis 07. September 2012, Bonn
Internationale Konferenz über

die Zukunft der Nutztierhaltung mit Perspektiven aus aller Welt im Gustav Stresemann Institut Bonn zu Alternativen zur industriellen Tierproduktion, Armutsbekämpfung, politische Rahmenbedingungen für die Zukunft von Familienbetrieben sowie Nachhaltigkeit und Tierwohl.

Anmeldung: Liga für Hirtenvölker und nachhaltige Viehwirtschaft/LPP; Sabine Poth, Jägersgasse 8, 64372 Ober-Ramstadt, info@pastoralpeoples.org

Bayerische Öko-Erlebnistage

08. September - 03. Oktober 2012
Die Landesvereinigung für den ökologischen Landbau in Bayern e.V. (LVÖ) ist die Spitzenorganisation der bayerischen Anbauverbände Bioland, Naturland, Bio-kreis und Demeter. Sie vertritt die Interessen des ökologischen Landbaus in Bayern und über die Anbauverbände rund 5.000 Bio-betriebe in Bayern.

Alle Veranstaltungen sind im Internet unter www.oekoerlebnistage.de zu finden. Landesvereinigung für den ökologischen Landbau in Bayern, ☎ 089 210-209 98, Fax: -216 22, info@lvoe.de

Kleinbauern u. Welternährung

17.-19. September 2012, Loccum
Eine Konferenz zu Fragen der Ernährungssicherung und der kleinbäuerlichen Landwirtschaft mit Referenten aus Zimbabwe, Zambia, Tansania, Mali, Ethiopia, aus Wissenschaft und Entwicklungszusammenarbeit.

Ev. Akademie Loccum, ☎ 05766 81-0, Fax: -900, www.loccum.de

Gutes Essen für unsere Kinder

18. Sept. 2012, Johannishöhe
Wie kann gesunde Ernährung Kindern nahe gebracht werden? Wir werden gemeinsam ausprobieren, kochen und kosten, wie mit regionalen und biologisch erzeugten Produkten leckere Kindermenüs entstehen. Der Kurs richtet sich an alle, die Anregungen für eine gute Kinderküche suchen. Leitung: Urte Grauwinkel, Di, 16.00 bis 20.00, www.johannishoehe.de, Kontakt: ☎ 035203 37181 (mit AB)

Grüner Handel – Rosige Zeiten

28. September 2012, Berlin
Mit Green Economy soll die Klimakrise überwunden und die Weltwirtschaft gerechter werden. Welche handels- und investitionspolitischen Rahmenbedingungen braucht die „grüne“ Wirtschaft, um ein echter Gewinn für Klima und Entwicklung zu sein? Diskussion mit Bundestagsabgeordneten zu Reformvorschlägen der Zivilgesellschaft Teilnahme kostenlos. Anmeldung bis 20.09.2012: ernaehrung@german-watch.org
Forum Umwelt & Entwicklung, ☎ 030 678 775-93, Fax: -80, www.forumue.de

Natursein mehr als Ressource

28.-29. Sept. 2012, Bad Herrenalb
Auf dem Weg zu einer internationalen Gesellschaft sozialer und ökologischer Anteilhabe. Günter Altnr, der im vergangenen Dezember in Berlin starb, gilt zu Recht als wichtiger Vordenker

der Umweltbewegung. Als Gründungsmitglied des Öko-Instituts und Mitglied der Enquete-Kommission Zukünftige Energiepolitik engagierte er sich für eine humanökologische Gesellschaft. Evangelische Akademie Baden, ☎ 0721 9175-356, Fax: -25-356, www.ev-akademie-baden.de

Exkursion Bioenergie

11. Oktober 2012, Bayreuth
Die Bustour führt zu drei beispielhaften Bioenergieprojekten, die sich alle in Oberfranken befinden und findet als Informationsveranstaltung für Landwirte im Rahmen des Projektes Bio-Energy Farm statt. Ziel des Projektes ist die Steigerung der Bereitstellung und Nutzung von Bioenergie im landw. Bereich in den beteiligten Ländern (D, B, NL, E, PL, I). Um dieses Ziel zu erreichen, bietet das Projekt allen Landwirten, Waldbewirtschaftern und Grundbesitzern in den Projektländern freien Zugang zu verschiedenen kostenlosen Leistungen. Mehr Info unter www.BioEnergyFarm.eu

Anmeldung schriftlich bis 03.10.2012 an FnBB Fachgruppe Biogas, ☎ 07954-921969, Fax: -926132, www.fnbb.org

Solidarisch wirtschaften

12. und 13. Oktober 2012, Bad Herrenalb

Die Wirtschaft kümmert sich ums Geschäft, der Staat ums Gemeinwohl, so die bisherige Arbeitsteilung. Nun wünschen 88 % der Deutschen eine „neue Wirtschaftsordnung“. Die bekannteste ist wohl die „Gemeinwohl-Ökonomie-Bewegung“. Aber kann das funktionieren: eine Ökonomie, die ausschließlich dem Gemeinwohl verpflichtet ist?

Ev. Akademie Baden, ☎ 0721 9175-361, Fax: -25-361, www.ev-akademie-baden.de

sichernähren - Zukunft ohne Hunger

12. Oktober 2012, Stuttgart

Eine Veranstaltung der Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit Baden-Württemberg SEZ und der Organisation Brot für die Welt zu Fragen der globalen Lebensmittelverteilung, kleinbäuerlicher vs. exportorientierter Landwirtschaft, den Folgen des Klimawandels und Möglichkeiten der Einflussnahme durch Konsumverhalten.

SEZ, Astrid Saalbach, ☎ 0711 21029-80, Fax: -50, saalbach@sez.de, www.sez.de

Land in Sicht!?

18. Oktober 2012, Amberg

Die Tagung zur Zukunft des ländlichen Raums von Petra-Kelly-Stiftung und Vereinigung für Stadt-, Landes- und Regionalplanung SRL will zukunftsweisende, innovative und kreative Problemlösungen für wichtige kommunale Politikbereiche und Handlungsfelder aufzeigen und diskutieren. Petra-Kelly-Stiftung, Fax: 089 24 22 67-47, info@petra-kelly-stiftung.de, www.petrakellystiftung.de/programm/veranstaltungsdetails/article/land-in-sicht-zukunft-leben-auf-dem-lande/14.html

(Klein) Anzeigen

Wie gebe ich eine Kleinanzeige auf?

Private Kleinanzeigen bis zu sieben Zeilen 10,- €, jede weitere angefangene Zeile 1,50 € (gewerbliche 20,- € zzgl. MwSt., jede weitere Zeile 3,- €); Chiffregebühr 2,50 €. Anzeigen bis einschließlich 12,50 € nur gegen Vorauszahlung per Scheck oder bar, ansonsten wird ein Zuschlag von 2,75 € für die Rechnungsstellung erhoben. Für gestaltete Anzeigen gilt unsere Anzeigenpreisliste.

Anzeigenbestellungen und Chiffrezuschriften bitte an: „Unabhängige Bauernstimme“, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Fax: 02381-492221, E-mail: anzeigen@bauernstimme.de. Anzeigenschluss für BS Oktober 2012 ist am 17. September 2012.

Hof und Arbeit

● Junges ökol. bewusst. Team sucht Bauernhof mit Land um nachhalt. Landwirtschaft zu betreiben.
☎ 0761-42969897, Schwarzwald/Waldshut

● Wir bieten einem Gärtner/in Haus und Grund auf Biohof Nähe Augsburg zum Gemüsebau. ☎ 08257-8672

Tiermarkt

● Verkaufe laufend beste Arbeitspferde in jeder Preisklasse.
Burkhard Schirmeister, Sipplingen, ☎ 07551-63609

Baumschule PFLANZLUST

Ausgezeichnet mit dem Förderpreis Ökologischer Landbau 2010

Historische und bewährte Obstsorten für den Garten und die Landschaft

www.biobaumversand.de

GRUNDSTÜCKE FÜR WINDENERGIEANLAGEN GESUCHT !

Sichern Sie sich langfristig garantierte Pachteinnahmen bei weiterhin möglicher land- und forstwirtschaftlicher Nutzung!

wpd onshore GmbH & Co. KG
Bremen, Bietigheim-Bissingen, Erkelenz, Kassel, Potsdam
Telefon: 07142 / 77 81-0
akquise@wpd.de, www.wpd.de



Bildungslust trotz Arbeitslast

....sich fachlich weiterbilden

....sozial fähig werden

....geisteswissenschaftliche Fragen verfolgen
– interdisziplinär

....eine zukunftsfähige Ökonomie mitgestalten



www.rengo.de • Bildung@rengo.de

Telefon: 07551-9471117 • Rengoldshausenstr. 29a • 88662 Überlingen



Bildungswerkstatt Biologisch-dynamischer Landbau Rengoldshausen

Die kommenden Veranstaltungen

08.-19.10.2012 Gemeinwohlökonomie regional: Kooperation konkret für die Bodensee-region

28.-31.10.2012 Muttergebundene Kälberaufzucht Fachliche Weiterbildung

18.-28.11.2012 Kraft für Wesentliches – ein Seminar für alle, die im Landbau tätig sind oder auf Höfen leben

13.-25.1.2013 Soziales Gestalten auf dem Hof – reine Glückssache? Teil 1



Vorblick

28.7.-16.8.2013 Landwirtschaft und Pädagogik für Pädagogen

Jahreskurse berufsbegleitend:

alle zwei Monate 2 Tage
Kurs A: Sozial kompetent
Kurs B: Betriebsführung im Ökolandbau

Wer noch mit möchte
beim **GOOD FOOD MARCH**
für Bauernhöfe statt Agrarindustrie
hat bis zur Abschlussveranstaltung in Brüssel
am 19. September noch viele Gelegenheiten,
sich anzuschließen.



Infos auf: www.meine-landwirtschaft.de
oder über das Tour-Handy: 01578-4930080
bzw. Tel. 030 2848 - 2326 od. - 2437

**Konferenz zur GAP-Reform 2020
19. September 2012
im Europäischen Parlament in Brüssel**

Auf diesem Treffen der Zivilgesellschaft mit den Europäischen
Institutionen in Brüssel sprechen u.a. Dacian Ciolos,
EU-Kommissar für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung,
und Carlo Petrini, Präsident von Slow Food.

Auch gibt es eine Podiumsdiskussion mit Mitgliedern des EU-Parlaments
und Vertretern der Zivilgesellschaft. Moderator ist Benny Haerlin
von der Zukunftsstiftung Landwirtschaft.

Wer an der Konferenz im EU-Parlament in Brüssel teilnehmen will,
muss sich vorab registrieren unter:
www.goodfoodmarch.eu/home.html (in engl. Sprache)
ganz unten rechts das grüne Feld „register now“ klicken.



Landeskontakte

Schleswig-Holstein

Wilster: Bernd Voß, Tel.: 04823/8505, Fax: 04823/75330
Sörup: Hinrich Lorenzen, Tel.: 04635/2141, Fax: 04635/2114
Plön: Matthias Stührwoldt, Tel.: 04326/679, Fax: 04326/289147
Flensburg: Heiner Iversen, Tel.: 04631/7424, Fax: 04631/3852

Niedersachsen

Landesverband u. Wendland-Ostheide: Martin Schulz, Tel. 05865-988 3-60, Fax -61,
neulandhof-schulz@gmx.de
Heide-Weser: Johanna Boese-Hartje, Tel. 04204-689 111, biohof-boese-hartje.@t-online.de
Elbe-Weser: Jürgen Rademacher, Tel. u. Fax 04747-931 105, jradem1308@aol.com
Südnlds.: Eberhard Prunzel-Ulrich, Tel. 05507-912 85, kaesehof@t-online.de
Weser-Ems: Ernst Steenken, Tel. 04482-660, steenken@ewetel.net

Mecklenburg Vorpommern/Brandenburg

Mecklenburg: Jörg Gerke, Tel.: 038453/20400; Franz Joachim Bienstein,
Tel.: 03841/791273; Helmut Peters, Tel.: 038454/20215

Nordrhein-Westfalen

Landesverband: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053170, Fax: 02381/492221
Gütersloh: Erika Kattenstroth, Tel.: 05241/57069
Tecklenburger Land: Martin Steinmann, Tel.: 05404/5264
Herford: Friedel Gieseler, Tel.: 05221/62575
Köln/Bonn: Bernd Schmitz, Tel.: 02248/4761
Niederrhein: Dorothee Lindenkamp, Tel.: 02064/38421
Gentechnik: Reinhard Fiegenbaum, Tel. 05484/657
Westmünsterland: Martin Ramschulte, Tel.: 02555-430; Fax: 02555-929989

Hessen

Reinhard Nagel, Tel.: 05695-990099, Mobil: 0171-8604799, Bio-Nagel@t-online.de
Jeannette Lange, Tel.: 05653-91280, Lange.Wellingerode@t-online.de
Henrik Maaß, Tel.: 05542-500267, Mobil.: 0160/8217015, maass@abl-ev.de

Rheinland-Pfalz und Saarland

Landesverband: Ralf Wey, Maifeldstr. 15, 56332 Moselsürsch,
Tel.: 02605/952730, Fax: 02605/952732, e-mail: Ralf.Wey@abl-rlp-saar.de;
Hans-Joachim Jansson, Tel.: 02626/8613, Fax: 02626/900218; www.abl-rlp-saar.de

Baden-Württemberg

Landesverband: Frieder Thomas, Tel: 07531/2829391, thomas@abl-ev.de
Nordschwarzwald: Georg Bohnet, Tel.: 07443/3990;
Nord-Württemberg: Ulrike Hasemeier-Reimer, Tel.: 07971/8584
Bodensee: Anneliese Schmech, Tel.: 07553/7529, Fax: 07553/828278
Allgäu: Bärbel Endraß, Tel.: 07528/7840, Fax: 07528/927590

Bayern

Landesverband: Edith Lirsch, Tel: 08562/870; Josef Schmid, Tel: 08742-8039, Fax: 967654
Geschäftsstelle: Gertraud Gafus und Andrea Eiter; AbL-Bayern Irlberg 41 83454 Anger Tel.:
08656-393; Internet: www.abl-bayern.de Mail: abl-bayern@web.de
Chiemgau-Inn Salzach: Hubert Hochreiter Tel.: 08679/6782 Fax.:08679/914284, Ute Gasteiger,
Tel.: 08039/1635
Land an Rott und Inn: Hilde Baumgartner, Tel. 08725/672; Konrad Zanklmaier, Tel.
08725/304; e-mail: konrad.zanklmaier@vr-web.de
Allgäu: Elisabeth Waizenegger, Tel: 08330-1413; Herbert Siegel, Tel: 08320-512; abllallgaeu@gmx.de
Oberland: Elisabeth Friesenegger, Tel.: 08158-8486, lisi.friesenegger@googlemail.com, Josef Lin-
dauer, Tel.: 08803-488446, Fax.: 08803-9009562; e-mail: Martha_Lindauer@web.de
Landshut-Vilstal: Josef Schmid, Tel.: 08742/8039, e-mail: abl-bayern@web.de
Franken: Isabella Hirsch, Tel: 09852-1846; Burkhard Neubauer, Tel: 09268-6667
Erding – Ebersberg, Anton Brandl, Tel. 08085 532, brandl-anton@gmx.de; Barbara Greimel
Tel. 08083 641, bagrei@gmx.de
Bayerisch-Schwaben, Andrea Eiter, 0170-99 134 63, aeiter@freenet.de; Armin Hartleitner,
0175-72 550 12, armin.hartleitner@ziertheim.net; Internet: www.abl-bs.de;

Sachsen/Thüringen/Sachsen-Anhalt

Landesverband: Peter Hettlich, Markt 7, 04109 Leipzig, Tel: 0341-2253789, mobil:
01520/6479156, Fax: 0341-1494963, e-Mail: peter.hettlich@t-online.de
Thüringen: Michael Grolm, Tel: 036450-446889; Volkmar Voigt, Tel: 036694-36250; Claudia
Gerster, Tel: 034465-21005; Frank Neumann, Tel: 036623-23737



Bundeskontakte

Bundesgeschäftsstelle:

Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053171, Fax: 02381/492221, E-Mail: info@abl-ev.de
Bankverbindung: KSK Wiedenbrück BLZ 47853520 Kto: 2017838

Bundesgeschäftsführer: Georg Janßen, c/o Gewerkschaftshaus, Heiliggeiststraße 28,
21335 Lüneburg, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758

junge Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft
Julia Frenzel, Tel: 0152-28625363, junge-abl@abl-ev.de

Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbaugebühren:

Georg Janßen, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758; Gerhard Portz, Tel.: 06502/2298;
Klaus Buschmeier, Tel.: 05262/3079

Interessengemeinschaft Ostdeutschland:

Franz-Joachim Bienstein, Tel./Fax: 03841/791273

Netzwerk Bauernhöfe statt Agrarfabriken

Eckehard Niemann, Tel: 0151-11201634, E-Mail: eckehard.niemann@freenet.de

Netzwerk gentechnikfreie Landwirtschaft:

Annamarie Volling, c/o Gewerkschaftshaus, Heiliggeiststraße 28, 21335 Lüneburg
Tel.: 04131/400720, Fax: 04131/407758, E-Mail: gentechnikfreie-regionen@abl-ev.de

Internationale Agrarpolitik:

Berit Thomsen, Tel.: 040/397858, Fax: 040/3978587



Mitgliedsantrag Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V.

Ich möchte Mitglied in der AbL werden und (Zutreffendes bitte ankreuzen)

- Ich zahle den regulären Mitgliedsbeitrag von 95,00 Euro
 Wir bezahlen den Mitgliedsbeitrag für Ehepaare und Hofgemeinschaften von 130,00 Euro
 Ich bin bereit, als Fördermitglied einen höheren Beitrag von _____ Euro zu zahlen
 Als Kleinbauer, Student, Renter, Arbeitsloser zahle ich einen Mitgliedsbeitrag von 40,00 Euro
 Ich beantrage als Unterstützer/in einen Mitgliedsbeitrag von 65,00 Euro
 Ich abonniere die Unabhängige Bauernstimme (bitte Coupon Rückseite ausfüllen)

Der Mitgliedsbeitrag erhöht sich jährlich um 2,- Euro, ein Abo der Bauernstimme ist nicht enthalten.

Name, Vorname: _____

Straße: _____

PLZ, Wohnort (Landkreis): _____

Telefon/Fax E-Mail: _____

Zahlungsweise des Mitgliedsbeitrags:

- Nach Erhalt der Rechnung
 Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit
zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr.: _____

BLZ: _____

Bank: _____

Die Mitgliedschaft verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht spätestens
14 Tage vor Ablauf gekündigt wird. Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Bundes-
post im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die AbL weiterleitet.

Datum: _____ Unterschrift: _____

„Wiesenhof“-Werder

Mein Sohn und ich sind seit Menschengedenken treue Fans von Werder Bremen. Mein Junge schläft sogar in Werder-Bettwäsche. Jedes Jahr hat er sich bisher das neue Trikot zum Geburtstag gewünscht. „Werder 4 ever“ haben er und seine Kumpels an die Wand unseres Schuppens gemalt. Im Profit-Trubel des Profi-Fussballs schien Werder immer noch ein Beispiel für Bodenständigkeit und Beständigkeit. Allein schon wegen der Trainer-Konstanz, von Otto Rehhagel bis Thomas Schaaf. Und auch wegen der offensiven spielerischen Kreativität. Und weil man nach dem Weggang von Stars wie Klose oder Diego – den knappen Mitteln zum Trotz – neue Stars wie Mesud Özil förderte und aufbaute. Und nun das: Wesjohanns „Wiesenhof“ als Werder-Sponsor!? Das „Wiesenhof“-Logo auf Werder-Trikots!? In einer Zeit, in der eine starke gesellschaftliche Bewegung das „System Wiesenhof“ und die gesamte agrarindustrielle Qualzucht und Konzern-Vertragsmast massiv ins Wanken bringt, fällt uns Werder in den Rücken. Und das nicht mal schamhaft mit dem Hinweis, dass man die Sponsor-Millionen halt brauche. Nein, sogar mit Lobpreisungen über die angeblichen Partnerschaftsvorzüge gerade dieses Unternehmens, das „kontinuierlich an der Verbesserungen des Tierwohls“ arbeite, mit „ökologischem und nachhaltigem Denken und verantwortungsbewusstem Handeln“ sowie „Wertschätzung und Respekt gegenüber Mitarbeitern“. Mit dem Sponsor-Vertrag wolle Werder helfen, „diese Aspekte besser in den Fokus zu rücken“. Die Werder-Führung, so heißt es, sei nach Besuchen der Produktionsstätten vor Ort von WIESENHOF überzeugt.

Hallo? Zwanzig einseitig qualgezüchtete Masthühner auf einem Quadratmeter, die ganze Mastdauer auf eigenem Kot, kupierte Putenschnäbel oder Enten ohne ausreichenden Wasserzugang – haben die Werder-Bosse so was wirklich nicht gesehen? Haben sie die Berichte über ruinöse Abhängigkeiten von Vertragsmästern, über das Abschieben der Verantwortung für schlimme Tierschutzverstöße auf Wiesenhof-Mitarbeiter und Mäster, über Hygienemängel in Schlachtereien und über Antibiotika-Einsätze wirklich nicht mitgekriegt? Schlimm für Werders sportliche Zukunft, wenn die Werder-Verantwortlichen in Zukunft

genau so blind bei der Analyse der gegnerischen Mannschaften sein sollten...

Nun gut, man hätte seine Illusionen über Werder und das Gute im Profifußball natürlich schon früher begraben müssen. Gerade angesichts der vorherigen Werder-Spon-



Wollte keine Hühnerbrust, geht lieber in Bayern telefonieren Foto: getty

soren wie Kik, Nike, Targo-Bank oder Bet&Win. Schon da war Werder ja nicht besser als Tönnies-Schalke „Gazprom“, Kölns „Rewe“, Bochums „Netto“, Freiburgs „Ehrmann“, Nürnbergs „Areva“-Atomkonzern oder Bayerns „T-Home“. Gibt es überhaupt eine politisch

oder ökologisch korrekte Trikot-Werbung? Schwer zu sagen, ob das auf Kaiserslauterns „Allgäuer Latschenkiefer“, Frankfurts „Krombacher“ oder St.Paulis „Ein Platz an der Sonne“ zutrifft. Aber immerhin hat der FC Barcelona ja mal eine Saison lang kostenlose Trikotwerbung für UNICEF gemacht.

Am besten gäbe es gar keine Trikotwerbung mehr. Was es ja schon mal gab: Bundesliga-Vereine nur mit Vereins- und Spielernamen auf den Hemden. Es würde der Würde der Kicker wohl auch eher gerecht, wenn man sie nicht als bewegliche Litfaß-Säulen missbrauchte. Zumindest am dritten Bundesliga-Spieltag (14. bis 16. September) soll das praktiziert werden: Keine Sponsorwerbung auf den Trikots – stattdessen ligaweit der Schriftzug „Geh deinen Weg“ darauf – als Motto der Deutschlandstiftung Integration zur Förderung junger Migranten. Ganz nach dem 1992er Vorbild „Mein Freund ist Ausländer“ gegen die rassistischen Übergriffe. Sowa als Dauerregelung wäre nicht nur für die Liga toll, sondern auch für die Nationalelf sicher viel passender als der Mercedes-Stern.

Was uns bei Werder nun trotz alledem ein bisschen stolz macht, ist die Reaktion vieler Fans: mit Zig-Tausenden Face-Book-„Gefällt-mir“-Klicks für „Wiesenhof als Werder-Sponsor – Nein Danke!“, satten Dreiviertel-Mehrheiten bei Umfragen, einer Brief- und Mail-Protestflut und einer Demonstration beim Werder-Fan-Tag. Und wenn Werder seine Ankündigungen zu Fangruppen-Besuchen in „Wiesenhof“-Ställen wirklich wahr macht (und dies hoffentlich auch kurz vor Ende der Mastperiode) – dann wird auch das Viele zum Nachdenken anregen. Ganz abgesehen von den Medienberichten hierzu. Denn auch ohne Trikot-Aufdruck ist das Motto „Artgerechte Tierhaltung“ bzw. „Bauernhöfe statt Agrarfabriken“ einfach drückend überlegen. Und auf die bislang noch nicht abgesagte, geplante Podiumsdiskussion im Fan-Raum des Weserstadions mit Vertretern der Werder-Führung und von „Wiesenhof“ freue ich mich ganz besonders: Auf einen Erfolg erst nach Verlängerung und Elfer-Schießen werden wir da wohl nicht setzen müssen. Aber viele Wiederholungsbegegnungen wären gut... *en*

unabhängige Bauernstimme: ganz ohne Sponsor

09/2012

Zutreffendes bitte ankreuzen:

- Ich möchte die BAUERNSTIMME abonnieren (39,60 € im Jahr). In begründeten Fällen kann auf jährlichen Antrag für Kleinbauern, -bäuerinnen, Arbeitslose, SchülerInnen und StudentInnen der Abo-Preis auf 28,40 € gesenkt werden.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum Förderpreis von 60,- € im Jahr.
- Ich möchte die BAUERNSTIMME zum Preis von 16,- € bzw. 32,- € für 6 oder 12 Monate verschenken.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum einmaligen Schnupperpreis von 6,- € für drei Ausgaben (nur gegen Vorkasse: Bar, Scheck, Briefmarken).

Zustelladresse Bei Geschenkabos Adresse des Auftraggebers

Name, Vorname Name, Vorname

Straße Straße

PLZ, Ort PLZ, Ort

evtl. Telefon für Rückfragen evtl. Telefon für Rückfragen

Zahlungsweise des Zeitungsabos:

- Nach Erhalt der Rechnung
- Mit beiliegendem Scheck

Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung.

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Betrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr. BLZ Bank

Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr (außer bei Geschenkabos), wenn es nicht spätestens vier Wochen vor Ende des Abozeitraums gekündigt wird.

Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Post AG im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die Abo-Verwaltung weiterleitet.

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Unterschrift der Abonnetin / des Abonneten Datum Beruf
 (bei Geschenkabos Unterschrift des Auftraggebers)

Bitte senden Sie die Bestellung an: Bauernstimme, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm
 oder Fax 02381 / 492221